



Protokoll

Sitzung	vorberatende Kommission Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (22.11.12)	Daniela Sieber Juristische Mitarbeiterin Departement des Innern Amt für Soziales Spisergasse 41 9001 St.Gallen T 058 229 21 61 daniela.sieber@sg.ch
Termin	Montag, 14. November 2011, 8.30 bis 16 Uhr	
Ort	Sitzungszimmer 801, Moosbruggstrasse 11, 9001 St.Gallen	

Vorsitz

Gartmann Walter, Mels, Präsident

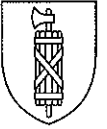
Teilnehmende

Mitglieder der vorberatenden Kommission:

- Gartmann Walter, Mels; Präsident
- Bühler René, Schmerikon;
- Dietsche Marcel, Kriessern;
- Fässler Fredy, St.Gallen;
- Forrer Diego, Grabs;
- Frick Verena, Salez;
- Gadiant Martina, Walenstadt;
- Kühne Raphael, St.Gallen;
- Locher Walter, St.Gallen;
- Lorenz Marlies, Wittenbach;
- Müller Jascha, St.Gallen;
- Schlegel Jeannette, Rorschacherberg;
- Wild-Huber Vreni, Wald-Schönengrund;
- Wittenwiler Heinz, Krummenau;
- Würth Thomas, Goldach.

Mitarbeitende der Staatsverwaltung und Sachverständige:

- Gehrer Martin, lic.iur., Regierungsrat, ordentlicher Stellvertreter von Regierungsrätin Kathrin Hilber;
- Meier Beda, Generalsekretärin-Stellvertreter des Departementes des Innern;
- Lübberstedt Andrea, lic.phil., Leiter-Stellvertreterin Amt für Soziales;
- van Spyk Benedikt, Dr.iur. RA, Leiter-Stellvertreter Dienst Recht und Legistik, Staatskanzlei;
- Müller Patrik, Leiter Sozialamt und Vormundschaftsamt der Stadt St.Gallen (für Traktanden 2 und 3);
- Hochreutender Roger, Geschäftsführer Vereinigung St.Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten VSGP und Stadtpräsident Lichtensteig (für Traktanden 2 und 3);
- Sieber Daniela, M.A. HSG, Juristische Mitarbeiterin Amt für Soziales (Protokoll).



Protokoll

Sieber Daniela, M.A. HSG, Amt für Soziales

Entschuldigt

- Hilber Kathrin, lic.phil., Regierungsrätin, Departement des Innern;
- Dörler Anita, Dr. oec., Generalsekretärin des Departementes des Innern;
- Sprenger Kaspar, Leiter Amt für Soziales.

Unterlagen

- Botschaft und Entwurf der Regierung über ein Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (22.11.12) vom 18. Oktober 2011 (Beratungsunterlage)

Inhalt

1	Begrüssung und Hinweise zu den Kommissionsberatungen, Beizug von Experten	3
2	Ergänzende Informationen	3
2.1	Die wichtigsten Umsetzungsfragen für die Gesetzgebung	3
2.2	Professionelle Anforderungen an die KES-Behörden	5
2.3	Praktische Umsetzung in den Gemeinden	7
3	Beantwortung von Sachfragen	9
4	Eintretensdiskussion	12
4.1	Eintretensvotum	12
4.2	Allgemeine Diskussion	14
4.3	Spezialdiskussion und Schlussabstimmung	17
5	Berichterstattung, Medienmitteilung, Umfrage	42



1 Begrüssung und Hinweise zu den Kommissionsberatungen, Beizug von Experten

Gartmann-Mels, Präsident der vorberatenden Kommission, begrüsst die Mitglieder der vorberatenden Kommission und folgende Personen der Staatsverwaltung:

- Martin Gehrler, Regierungsrat, ordentlicher Stellvertreter von Regierungsrätin Kathrin Hilber;
- Andrea Lübberstedt, Leiter-Stellvertreterin Amt für Soziales;
- Beda Meier, Generalsekretärin-Stellvertreter des Departementes des Innern;
- Benedikt van Spyk Leiter-Stellvertreter Dienst Recht und Legistik, Staatskanzlei;
- Daniela Sieber, juristische Mitarbeiterin Amt für Soziales, Protokoll.

Als weitere Sachverständige werden begrüsst:

- Roger Hochreutener, Geschäftsführer Vereinigung St.Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten VSGP und Stadtpräsident Lichtensteig (für Traktanden 2 und 3)
- Patrik Müller, Leiter Sozialamt und Vormundschaftsamt der Stadt St.Gallen (für Traktanden 2 und 3);

Gartmann-Mels erläutert, dass Grundlage der Beratung Botschaft und Entwurf der Regierung über ein Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (22.11.12) vom 18. Oktober 2011 sei. **Gartmann-Mels** macht auf Art. 67 des Geschäftsreglementes des Kantonsrats (sGS 131.11; abgekürzt GschKR) aufmerksam, wonach das Kommissionsprotokoll bis nach Abschluss der Beratungen des Kantonsrates vertraulich zu behandeln ist.

Regierungsrat Martin Gehrler teilt den Teilnehmenden mit, dass Regierungsrätin Kathrin Hilber am Vortag notfallmässig ins Spital eingeliefert werden musste und er daher als ihr ordentlicher Stellvertreter an der Sitzung teilnehmen werde.

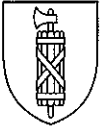
Zur Traktandenliste erfolgen keine Ergänzungen.

2 Ergänzende Informationen

2.1 Die wichtigsten Umsetzungsfragen für die Gesetzgebung

Andrea Lübberstedt zeigt im Rahmen der einleitenden Präsentation kurz auf, was der Bundesgesetzgeber mit der Revision des Vormundschaftsrechts beabsichtigt habe und umreisst den Regelungsbedarf, der sich für den Kanton daraus ergebe.

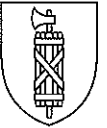
Die Revision des bald 100 Jahre alten Vormundschaftsrechts sei lange erwartet worden. Die Hauptzielsetzungen des Bundesgesetzgebers seien dabei die Stärkung der Selbstbestimmung und der Solidarität innerhalb der Familie, die Verbesserung des Schutzes der betroffenen Personen (sowohl in Wohn- und Pflegeeinrichtungen als auch bei Fürsorgerischer Unterbringung) sowie die Flexibilisierung des bisher starren Massnahmesystems



gewesen. Letzteres habe der Bund zugunsten einer Einheitsmassnahme mit verschiedenen, sehr individuellen Ausprägungen aufheben wollen. Schliesslich sei ein zentrales Element der Revision die beabsichtigte Professionalisierung des Vormundtschaftswesens. Viele Punkte seien vom Bund indessen bereits abschliessend geregelt worden und in über 100 fallbezogenen Aufgaben der neuen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden KESB im Bundesrecht abgebildet. Hingegen seien Organisation und Verfahren von den Kantonen zu konkretisieren, was zahlreiche Fragestellungen, wie verfahrensrechtliche Aspekte oder Haftungsfragen mit sich bringe. Die Vernehmlassung habe verschiedene Fragen aufgeworfen, ob es notwendig sei, soviel auf kantonaler Ebene zu regeln. Die aufgeführten Regelungsbereiche zeigten aber deutlich, dass viele Punkte zu klären sind, zumal der Kanton vom Bund Regelungspflichten, aber auch Regelungsrechte übertragen erhalten habe.

Die Ausgangslage des Entwurfs der Regierung zeige, dass der Kanton St.Gallen wie die meisten anderen Kantone, v.a. in der Deutschschweiz, Verwaltungsbehörden anstrebe. Der Bund habe ursprünglich eine Gerichtslösung beabsichtigt, schliesslich aber auch Verwaltungsbehörden zugelassen. Nun zeige sich, dass die Kantone von dieser Möglichkeit erheblich Gebrauch machen und dabei insbesondere auf bestehende Strukturen im Bereich des Vormundtschaftswesens abstellen. Der Vorschlag der Regierung siedle die Zuständigkeit für die Erfüllung der Aufgaben des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts wie beispielsweise auch die Kantone Luzern, Zürich oder Basel-Landschaft bei den Gemeinden an. Die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden sei insofern unverändert. Eine wesentliche Neuerung sei aber, dass die Gemeinden diese Aufgaben in aller Regel nicht mehr aus eigener Kraft erledigen können. Deshalb sehe das Gesetz auch eine abschliessende Aufzählung von Trägerschaftsformen vor, die sich im Wesentlichen aber auf das Gemeindegesetz abstütze. Entgegengekommen sei die Regierung den Gemeinden mit der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die selbständige öffentlich-rechtliche Kindes- und Erwachsenenschutzeinrichtung. Dabei handle es sich um eine Kompromisslösung, da die Gemeinden dargelegt hätten, dass es bei der Aufgabe des Kindes- und Erwachsenenschutzes KES nicht viel Spielraum gebe und daher eine flexiblere Rechtsform insbesondere in Bezug auf die Referendumspflicht möglich sein müsse, welche die zur Schaffung der Rechtsform erforderliche rechtssetzende Vereinbarung lediglich dem fakultativen Referendum unterstelle. Roger Hochreutener werde anschliessend noch zusätzliche Ausführungen zur Umsetzung des KES durch die Gemeinden, insbesondere zum Umgang mit den möglichen Trägerschaftsformen, machen. Weiter werde Patrik Müller noch Aspekte in Bezug auf die Fachlichkeit und Interdisziplinarität der neuen KESB und Anforderungen an die Mitglieder erläutern. Wichtig erscheine noch anzumerken, was der Bund mit der vorliegenden Revision unbestrittenermassen bezwecken wolle: nämlich die Unabhängigkeit der KESB, dass die Mitglieder weisungsungebunden entscheiden könnten und finanzielle Interessen nicht ausschlaggebend sein dürften. Im Entwurf der Regierung seien Vorschläge für die Umsetzung dieser Unabhängigkeit enthalten, insbesondere auch strukturell-personell. Nicht vergessen werden dürfe, dass fachlich entscheiden immer auch heisse, dass die Entscheide verhältnismässig und wirksam sein müssen. Eine Kosten-Nutzen-Abwägung sei somit in jedem Fall berücksichtigt.

Wie bereits erwähnt, bleibe die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden weitgehend unverändert. Das bedeute, dass der Kanton weiterhin für die Aufsichts- und Beschwerdeinstanzen zuständig sei. Wie bisher sei eine administrative Aufsicht durch den



Kanton vorgesehen, die keine Aufsicht im Einzelfall bedeute. Letztere sei den gerichtlichen Beschwerdeinstanzen vorbehalten. Überwacht werde im Rahmen der Aufsicht insbesondere der gesetzesmässige Bestand der interkommunalen KESB, was aufgrund der direkten Staatshaftung im besonderen Interesse des Kantons liege. Das ist eine wesentliche Neuerung aus Bundesrecht, dass der Kanton direkt für entstandene Schäden hafte, aber ein Rückgriffsrecht auf die verursachende Instanz vorsehen könne. Die Aufsicht sei nicht bei den Rechtsmittelinstanzen angesiedelt, da dies die Entscheidungsfindung im Einzelfall tangieren könne. Gegenüber der bisherigen Organisation (Rechtsmittel- und Aufsichtsfunktion beim Departement des Innern) handle es sich dabei um eine klare Verbesserung. Weiter stehe der von der Regierung vorgeschlagene zweistufige Instanzenzug im Einklang mit dem St.Galler Justizsystem. In Zukunft würden sowohl Beschwerden gegen Fürsorgerische Unterbringungen FU als auch gegen Behördenentscheide zuerst von der Verwaltungsrekurskommission VRK und danach vom Kantonsgericht als oberes kantonales Gericht beurteilt würden. Diese Anpassung des Instanzenzugs sei notwendig, da das Bundesrecht ausschliesslich Gerichte als Beschwerdeinstanzen fordere. Im Bereich der Massnahmen, so auch Beistandschaften und FU, habe der Bund bereits viel festgehalten und der Kanton müsse nur noch wenige Aspekte regeln. Insbesondere hätten die Gemeinden sicherzustellen, dass Beiständinnen und Beistände in genügender Anzahl für deren Ernennung durch die KESB im Einzelfall zur Verfügung stünden. Ferner seien die Bemessungsgrundsätze für deren Entschädigung und Spesenersatz kantonal einheitlich zu Regeln. Im Bereich FU habe der Bund ebenfalls eine Verstärkung des Rechtsschutzes angestrebt. Bei der ärztlichen Unterbringung halte der Vorschlag der Regierung am bisherigen System fest, wonach grundsätzlich Amtsärztinnen und -ärzte zuständig seien, wenn Gefahr im Verzug sei jedoch auch zugelassene Ärzte eine Unterbringung verfügen könnten. Offen gestaltet seien vom Bund die Nachbetreuung und ambulante Massnahmen geblieben. Beabsichtigt gewesen sei eine Flexibilisierung, zumal FU sehr einschneidend seien. So sollte auch die Möglichkeit ambulanter Massnahmen bestehen, falls diese verhältnismässiger seien als eine FU. Der Vorschlag der Regierung resultiere in einer nicht abschliessenden Aufzählung möglicher Massnahmen. Anders verhalte es sich bei der Nachbetreuung, die an eine FU anknüpfe. So müsse die Nachbetreuung auf Freiwilligkeit beruhen. Besteht eine Notwendigkeit für eine Massnahme, könne diese ambulant oder als Verlängerung der FU angeordnet werden.

2.2 Professionelle Anforderungen an die KES-Behörden

Patrik Müller legt vorab dar, dass sich die Stadt St.Gallen selbstverständlich in einer anderen Situation als die Gemeinden befinde, seine Überlegungen sich aber nicht ausschliesslich auf die Stadtperspektive stützten. Vielmehr stünde im Zentrum, was die Zukunft konkret bringe, insbesondere welche Anforderungen an die neuen KESB zu stellen seien und dies unabhängig davon, ob dies in der Region Stadt St.Gallen oder in einer ländlicheren Region sei. Bisher würden sehr unterschiedliche Stellen mit der Bearbeitung einer Gefährdungsmeldung befasst sein. Je nach Gemeinde seien dies die sozialen Dienste, der Vormundschaftssekretär oder andere Einheiten, die Abklärungen und auch andere vormundschaftliche Funktionen wahrnehmen. Sodann sei auch die Zuständigkeit für die Durchführung von Anhörungen unterschiedlich. Anschliessend sei es eine ehrenamtliche Behörde, die entscheide. Teilweise sei diese deckungsgleich mit dem Gemeinderat, manchmal seien einzelne Gemeinderäte vertreten und teilweise habe der Gemein-



derat auch Vorgesetztenfunktion gegenüber der Entscheidbehörde. Dies bedeute eine grosse Nähe zwischen den Diensten, die mit der Abklärung befasst seien, und der Instanz, die entscheide und die Massnahmen auch kontrolliere. Mit dem neuem System habe die Behörde oder wenigstens ein Behördemitglied der KESB das gesamte Verfahren zu verantworten. Die Gefährdungsmeldung gehe entsprechend an die KESB und ein entscheidungsbevollmächtigtes Mitglied oder ein Ausschuss wird je nach Kompetenzen von der Behörde bzw. dem Präsidium, dem die Falltriage obliegt, eingesetzt. So könne es z.B. im Fall von Kindsmisbrauch notwendig sein, dass Mitglieder mit psychologischen Kenntnissen oder für spezielle Erbfälle beispielsweise ein Jurist oder Finanzspezialist eingesetzt würden. Es sei wichtig und werde begrüsst, dass der Gesetzesentwurf diese Flexibilität zulasse, dass auch weitere Kompetenzen neben den Kerndisziplinen in der KESB vertreten sein können. Die Mindestzahl an erforderlichen Mitgliedern müsse aus der Praxis entwickelt werden. Es sei vorstellbar, dass kleine Pensen für Spezialisten sinnvoll sein könnten. Auch externe Aufträge müssten möglich sein, zumal in den Gemeinden schon heute externe Berichte oder Gutachten eingefordert würden. Auch wenn die Verantwortung neu bei einem Mitglied der Behörde liege, sei es wichtig, dass weiterhin eine Zusammenarbeit mit anderen Diensten vor Ort oder deren Beauftragung möglich sei. Neu auch wichtig seien die verstärkten Rechte der betroffenen Personen. Die KESB müsse z.B. in jedem Fall deren Anhörung gewährleisten, was entsprechende, vorzugsweise juristische, Kompetenzen bedinge. Es erscheine realistisch, dass mehr als ein Jurist in der Behörde notwendig sei. Ferner sei zu beachten, dass ein Verfahren nicht einfach mit dem Behördeentscheid abgeschlossen sei. Es bleibe der Auftrag der KESB bestehen, die Kontrolle gegenüber den Beiständen wahrzunehmen, regelmässig ein Revisorat durchzuführen und nötigenfalls angepasste Massnahmen anzuordnen. Allein schon die Fülle der Aufgaben zeige, was auf die neue Behörde zukomme.

Aus den aufgezeigten Prozessen ergäben sich folgende Anforderungen an die Besetzung der KESB. Einerseits bestünden Erwartungen an die fachliche Qualifikation der Mitglieder. Das Bundesgesetz sei dahingehend auszulegen, dass in der Behörde wenigstens juristische Fachkenntnisse mit ein bis zwei Juristen, zwingend psychologische Fachkompetenzen und schliesslich als dritte Kompetenz die Soziale Arbeit, alle jeweils mit entsprechender Berufspraxis. Zusätzlich könne es für die Behörde interessant sein, auch weitere sachspezifische Kompetenzen zu vereinen, wie z.B. ein Facharzt oder Psychiater oder Finanzkompetenzen. Das Gesetz biete diesen Gestaltungsfreiraum, was begrüsst werde. Wichtig sei auch, dass eine bestimmte Ausbildung der Mitglieder vorausgesetzt werde, was ebenfalls durch das Gesetz zum Ausdruck komme. Neben mindestens einer höheren Fachschulausbildung könnten auch Mitglieder mit genügend Erfahrungsjahren eine entsprechende Ausbildung nachholen. Die geforderte Ausbildung gewährleiste die notwendige Professionalität. Hinsichtlich Anzahl Mitglieder fordere das Bundesrecht zwingend drei Mitglieder bei jedem Entscheid, mit Ausnahme der Einzelentscheidungskompetenzen. Um die Stellvertretung während Ferien- oder Krankheitsabwesenheiten zu gewährleisten, seien wohl mindestens fünf Mitglieder (mit zwei Juristen) erforderlich wie auch ein juristisches Sekretariat, das pro Fall beigezogen werden könne. Voraussetzung sei, dass die ordnungsgemässen Prozesse und die Verfahrensrechte der Betroffenen immer gewährleistet seien, bedinge auch die Verfügbarkeit der juristischen Kompetenzen. Auch die übrigen erforderlichen Hauptkompetenzen müssten grundsätzlich immer anwesend sein. Wichtig erscheine, dass von einer Gruppe von Hauptmitgliedern mit den Kernkompetenzen und zusätzlichen Ersatzmitgliedern ausgegangen werden könne. Auch dies ermögli-



che das Gesetz, da die Mitglieder auch in kleinen Pensen angestellt werden könnten. Nach Berechnung der VS GP sei von einem Stellenumfang von 200-300 Stellenprozenten auszugehen, was selbstverständlich abhängig von der Grösse der Region sei. Schliesslich sei noch offen, welches Mitglied das Präsidium ausübe. Es wäre naheliegend, dass die Juristin oder der Jurist das Präsidium übernehme. Es müsse in der KESB jederzeit die Führung und Organisation gewährleistet sein, was vermutlich ein etwas höheres Pensum erfordere. Aber auch die Stellvertretung des Präsidiums müsse gewährleistet sein, was durchaus durch einen etablierten Juristen mit kleinem Pensum, z.B. einem Richter oder Anwalt vorstellbar sei. Zusammenfassend bleibe anzumerken, dass die Professionalisierung sicherlich zu einer Kompetenzsteigerung führe, wenn auch zu einer Kostensteigerung. Hier bestünde bei den Gemeinden die Befürchtung, dass eine stärkere Einengung durch Vorgaben auch eine teurere KESB zur Folge haben dürfte. Selbstverständlich sei aber, dass die Kompetenzen und die Unabhängigkeit gewährleistet wären, aber auch kleinere Pensen möglich seien. Mit dieser Flexibilität sei es möglich, gute Mitglieder für die Behörde zu gewinnen, was in der Aufbauphase vermutlich die grösste Herausforderung sein dürfte.

2.3 Praktische Umsetzung in den Gemeinden

Roger Hochreutener führt aus, wie die Umsetzung der Aufgaben des Kindes- und Erwachsenenschutzes in den vergangenen drei Jahren vollzogen worden sei. Zu Beginn sei eine Arbeitsgruppe mit Experten eingesetzt worden. Dabei sei es in erster Linie darum gegangen, ob eine Gerichts- oder Verwaltungslösung anzustreben sei. Die Regierung habe früh entschieden, dass Verwaltungsbehörden gewünscht seien. Zudem sei die Kostentragung ausschliesslich und vollumfänglich auf der dritten Staatsebene angesiedelt worden. Die Gemeinden seien sich bewusst, dass es sich bei dieser Aufgabe schon seit 100 Jahren um eine Gemeindeaufgabe handle und dies auch so bleibe, zumal die Gemeinden ihre Aufgabe bisher und auch in Zukunft gut erfüllen werden. Es ändere sich auch nicht so viel im Vormundschafswesen. Die Begrifflichkeiten seien stark angepasst worden und es seien neue Institute wie der Vorsorgeauftrag eingeführt worden. Was aber unverändert bleibe sei, dass der Klient, der Hilfe brauche, von Personen unterstützt werde, die sich dem annehmen und den Klienten zurück in die Eigenständigkeit begleiten. Dies sei in dem Gesetz im Wesentlichen zu berücksichtigen und nicht Fragen über Organisation und Finanzierung. Was bisher für die Klienten gemacht worden sei, werde in Zukunft einfach in einem neuen Gewand erfüllt.

Nachdem das Verwaltungsmodell gewählt worden sei, hätte die Arbeitsgruppe Leitsätze definiert. Anschliessend sei das Projekt in geteilter Zuständigkeit weiterbearbeitet worden. Der Kanton habe sich dabei auf seine Zuständigkeitsbereiche wie Legistik, Aufsicht und Rechtsmittel konzentriert und die Gemeinden seien mit der Regionenbildung und Organisation beauftragt gewesen. Das dargestellte Modell (Folie 3) zeige, dass der Behördeentscheid nur einen kleinen Teil des ganzen Prozesses ausmache. Das Verfahren habe einen Vorlauf und einen Vollzug. Im Zentrum der Diskussion stehe aber ausschliesslich die KES-Behörde, obwohl dies der kleinere Teil der Arbeit sei. Denn die Behörde sei jetzt und in Zukunft stark darauf angewiesen, dass mit verschiedenen Stellen (Gemeinden, Beratungsstellen, Schulen, persönliches Umfeld) zusammengearbeitet werden könne. Eine Behörde sei nicht wie ein Gericht mit einem rechtlichen Sachverhalt kon-



frontiert. Fragen hinsichtlich bestehender Massnahmen oder dem Vollzug seien absolut entscheidend. Der beste Behördeentscheid nütze nichts, wenn er nicht richtig vollzogen werde.

Die Leitplanken für die Umsetzung der Aufgaben seien von der Kantonsverfassung vorgegeben. Wenn der Staat Aufgaben verteile, habe er das Subsidiaritätsprinzip, das Kongruenzprinzip sowie das Äquivalenzprinzip zu beachten. Eine Aufgabentflechtung sei zu vermeiden, indem die Aufgaben von Anfang an richtig zugeteilt werden. Das Fazit daraus sei, dass die KESB mit den vorbereitenden Aufgaben und dem Vollzug klar Gemeindefaufgabe sei, während der Rechtsschutz in die kantonale Zuständigkeit falle. Bisher sei diese saubere Trennung erfolgt und die Kommission werde ersucht, diese klare Kompetenzteilung im Interesse eines guten Vollzugs weiterhin zu beizubehalten. Die Regionenbildung sei von den Gemeinden abgeschlossen, obwohl dies keine leichte Aufgabe gewesen sei. Es sei im Wesentlichen auf bestehenden Beratungsstellen aufgebaut worden. Es erscheine sinnvoll, auf bestehende Strukturen aufzubauen, wenn die Qualität des Vormundchaftswesens erhalten werden solle. Ansonsten würde Know-How verloren gehen. Die Trägerschaftsmodelle seien unterschiedlich, was für Aussenstehende möglicherweise schwer nachvollziehbar sei. Rapperswil-Jona praktiziere bereits das Modell der Sitzgemeinde und auch Zweckverbände oder Vereine bestünden schon. Neu und nicht derart stark normiert wie ein Zweckverband sei die selbständige öffentlich-rechtliche Kindes- und Erwachsenenschutzeinrichtung. Das Problem sei, dass den Zweckverbandsmitgliedern keine wesentlichen Entscheidbefugnisse eingeräumt werden könnten. Allein die jährliche Budgetabnahme sei keine Zweckverbandsaufgabe. Bei der Sitzgemeinde erscheine es fraglich, ob die gewünschte Unabhängigkeit gewährleistet werden könne.

Festzuhalten sei, dass die Umsetzung in den Gemeinden bis heute grundsätzlich abgeschlossen wäre. Im Juni 2010 sei den Gemeinden ein Statusbericht zugestellt worden, welches die Regionen sind und wie sich die Rahmenbedingungen gestalten. Dieser Bericht sei ausschliesslich aufgrund der Bundesvorgaben erfolgt. Die regionale Umsetzung, das heisst die Vereinbarungsentwürfe, Kostenberechnungen, Stellenbeschreibungen und Pensenberechnungen sowie voraussichtliche Räumlichkeiten seien bereit. Abschliessend sei die Umsetzung allerdings nicht möglich, da die kantonalrechtlichen Grundlagen fehlten. Es würden nun die Vorschläge und Signale aus dem Parlament erwartet. Zwischenzeitlich seien die Gemeinden mit weiteren Klärungsprozessen befasst. Aktuell würde ein IT-Projekt definiert, das ein adäquates Geschäftsverwaltungssystem ermögliche, welches Einwohnerdaten und andere Stellen vernetze. Klar sei, dass bis am 1. Januar 2013 von den Behörden präsidial oder anders entschieden werden müsse. Somit müssten die Dossiers zu diesem Zeitpunkt bereits übernommen worden sein. Der Aktenaustausch werde durch die IT-Lösung erleichtert. Da die Gemeinden in der Sache nicht weitermachen könnten, seien sie in der Umsetzung mit Nebenprojekten befasst. Da die Örtlichkeiten geklärt, alle Vereinbarungen im Wesentliche unter Dach und die Kosten hinreichend bekannt seien, müsste bereits die Aufnahme der konkreten Tätigkeit ab Mitte 2012 möglich sein. Ab Januar 2012 lägen die Referendumsvorlagen vor und ab Februar 2012 müssten Personalfragen geklärt sein. Ab Juni 2012 müsse eine operative Tätigkeit der KESB möglich sein. Ab Oktober 2012 sei eine intensive Schulung der KESB-Mitglieder geplant sowie die Teamvernetzung. Ab Dezember 2012 müssten die KESB voll im Einsatz sein können. Die Gemeinden seien somit darauf angewiesen, dass nach der 1. Lesung im Kantonsrat ohne Verzug weitergearbeitet werden könne. Ansonsten seien die



Behörden bis im Dezember 2012 nicht bereit. Einen letzter Hinweis sei hinsichtlich der Regionengrösse anzubringen, die nicht den Expertenempfehlungen nach Fachbericht der Universität Luzern (50'000-100'000 Einwohner pro Region) entspräche. Es müssten die Einwohnerzahlen im Zusammenhang mit den bestehenden Mandaten verbunden betrachtet werden, was deutliche Unterschiede zwischen den Regionen erkennen lasse. Referenzgrösse müsse der im Zentrum stehende Klient sein. Nicht ausgeschlossen sei hingegen, dass in Zukunft Korrekturen nötig sein werden. Die ideale Regionengrösse bestimme sich danach, wie eine möglichst grosse Nähe zum Klient, aber dennoch die nötige Distanz gewährleistet werden könne.

3 Beantwortung von Sachfragen

Fässler-St.Gallen fragt bei Patrik Müller nach, ob aus Sicht der Gemeinden die kantonalen Vorgaben hinsichtlich Mindestpensen gemäss Empfehlungen in der Botschaft der Regierung ein Problem darstellten.

Patrik Müller erläutert, die wesentliche praktische Herausforderung sei, die Behörden mit möglichst fähigen Mitgliedern zu besetzen. Dazu sei aber ein gewisser Verhandlungsspielraum bei der Personalsuche nötig. Wenn von den Berechnungen auszugehen sei, wonach 300 Stellenprozente zu vergeben sind und man wolle drei bis vier Mitglieder mit einem Pensum von mindestens 50% anstellen, sei es arithmetisch klar, dass zusätzliche Mitglieder nur noch mit kleinen Pensen hinzugenommen würden. Klar sei aber, dass hauptamtliche Mitglieder mit Pensen von mindestens 50% nötig sein werden.

Locher-St.Gallen bittet Roger Hochreutener um ergänzende Ausführungen, weshalb nicht grössere Regionen gebildet worden seien, zumal die Einführung der neuen Organisation mit erheblichen finanziellen Mehraufwendungen verbunden sei. Es sei für ihn nicht nachvollziehbar, weshalb aufgrund der Zielgrösse von 50'000 bis 100'000 Einwohner, trotzdem sehr kleine Regionen wie Sargans mit 37'000 oder Werdenberg mit 35'000 Einwohnern gebildet wurden und keine Zusammenführung erfolgt sei. Dies wirke sich aus seiner Sicht auf die Pensenfrage aus. Wenn zu kleine Pensen in den kleinen Regionen resultieren würden, sei der Sache letztlich auch nicht gedient.

Roger Hochreutener hält fest, dass die Nähe zum Klient für die Regionenbildung wichtig gewesen sei. Gerade in den Regionen Toggenburg oder Sarganserland würden grosse Distanzen entstehen und innert 60 km keine KESB erreichbar sein. Gerade Anhörungen müssten bei den Betroffenen direkt, z.B. im Pflegeheim erfolgen. Auch Helferkonferenzen würden nicht zwingend am Ort der KESB durchgeführt, sondern beispielsweise in einem Schulhaus, wo sich die zuständigen Akteure befänden. Vormundschaftliche Fragen seien nicht am Schreibtisch, sondern im Austausch mit beteiligten und betroffenen Personen zu klären. Die Entscheidungsträger müssten bekannt sein und es könnten nicht lediglich Fachberichte zur Entscheidung zusammengeführt werden. Es handle sich teilweise um einschneidende Massnahmen. Zudem könnten die einzelnen Massnahmen, wie z.B. eine Altersbeistandschaft und eine Kindesschutzmassnahme nicht miteinander verglichen werden. Aus Sicht der Gemeinden sei die Nähe zu den Personen wichtig, auch wenn heute der Vorwurf bestehe, die Distanz sei zu gering. Ansonsten müsste ehrlicherweise die



Gerichtslösung gewählt werden. Dann könnten die Abklärungen vor Ort durchgeführt werden und die Sachverhaltsgrundlagen dem Gericht zugestellt werden. Eine Verwaltungsbehörde solle aber deren Vorteile Nutzen und in der Nähe des Klienten sein.

Locher-St.Gallen führt zur Ergänzung aus, dass die Ausführungen für ihn nicht ganz überzeugend erschienen, zumal er selbst fünf Jahre bei der Verwaltungsrekurskommission mit Fürsorgerischen Freiheitsbeziehungen befasst gewesen sei. Mit der Argumentation, dass die Wege zu lang würden, müsste beispielsweise auch die Region Toggenburg halbiert werden. Die Leistungen sollten nicht abgebaut werden, aber auch finanzielle Belange müssten berücksichtigt sein. Ausschlaggebend müsse sein, ob die Grösse der Region ausreiche, um die notwendige Professionalität zu gewährleisten. Die Grösse sei in Relation zu den personellen Aufwendungen zu setzen.

Wild-Neckertal stellt fest, dass die Abklärungen nach den Ausführungen von Roger Hochreutener und Patrik Müller auch weiterhin in Gemeinden stattfinden. Sie fragt nach, ob das für eine Gemeinde bedeute, dass sie immer noch den gleichen Aufwand hätte und nur der Spruchkörper separat sei.

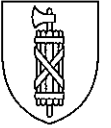
Roger Hochreutener legt dar, dass dies in den Regionen verschieden ausgestaltet sein könne. Es sei aber richtig, dass die Abklärungen nicht zentral von der Kanzlei erfolgen könnten. Die Sozialbehörde der jeweiligen Gemeinde habe eine Aufgabe, nämlich die Finanzierung der Massnahmen sicherzustellen. Die Gemeinden sollen auch inskünftig involviert sein. Es könne nicht sein, dass ohne Rücksprache mit einer Gemeinde und dem persönlichen Umfeld eine Verfügung erfolgen könne. Es könne somit durchaus möglich sein, dass eine Gemeinde zum Bericht oder Stellungnahme eingeladen werde. In erster Linie seien es aber Sachverständige, die konsultiert werden müssten (z.B. Schulpsychologischer Dienst).

Patrik Müller ergänzt, dass Gefährdungsmeldungen in der Praxis von sehr unterschiedlichen Stellen erfolgten, wie beispielsweise vom Schulsozialdienst oder dem bestehenden Amtsvormund. Es werde davon ausgegangen, dass diese Dienste vor Ort blieben. Es sei zu erwarten, dass sie entlastet würden, aber im Massnahmenvollzug seien die Gemeinden weiterhin voll involviert. Für die Aufteilung der Abklärungen sei die Triage bei Eingang der Meldung wichtig.

Dietsche-Oberriet erkundigt sich bei Roger Hochreutener aufgrund von dessen Ausführungen und der Nachfrage von Wild-Neckertal, weshalb das Gerichtsmodell verworfen worden sei. Er frage sich, ob sich die Gemeinden gegen dieses Modell gewehrt hätten.

Roger Hochreutener kann die Frage nachvollziehen, erläutert jedoch, dass die Meinungen zum Modell unter den Gemeinden sehr unterschiedlich seien. In erster Linie handle es sich dabei allerdings um einen Entscheid der Regierung, weshalb er das Wort hierzu an Regierungsrat Gehrler weitergebe. Es müsse einfach darauf geachtet werden, dass nicht ein Verwaltungsmodell gewählt werde, in der Ausgestaltung dann aber doch ein Gerichtsmodell resultiere. Die Vorteile des Gerichtsmodells seien aber durchaus gegeben.

Gartmann-Mels teilt mit, dass Regierungsrat Gehrler im Rahmen des Eintretensvotums auf den Entscheid der Regierung betreffend Verwaltungsbehörde eingehen werde.



Müller-St.Gallen fragt Patrik Müller nach dessen Einschätzung, ob es trotz der schweizweiten Reorganisation im Vormundchaftswesen genügend Fachkräfte für die Umsetzung in St.Gallen gebe.

Patrik Müller räumt ein, dass dies ohne Zweifel eine der grössten Herausforderung sein werde. Einzelne Kantone, wie z.B. der Kanton Aargau mit dem Gerichtsmodell rechne mit 80 neuen Juristinnen und Juristen. Es müssten auf jeden Fall zusätzliche Kenntnisse aufgebaut werden, auch wenn es mit entsprechendem beruflichem Hintergrund nicht allzu schwer sein dürfte. Wichtig erscheine, dass die Suche nach geeigneten Personen nicht allzu spät begonnen werde.

Roger Hochreutener ergänzt, dass es wichtig sei, auf die Ausbildung der Mitglieder grossen Wert zu legen, weil allenfalls die Vorgaben nicht von Beginn an erfüllt würden. Aus seiner Sicht müsste das Gesetz nicht so streng sein. Eine Nachqualifikation der Personen sei aber unerlässlich. Bevorzugt würden aber insbesondere auch erfahrene bestehende Mitarbeitende und nicht primär Studienabgänger. Es müssten Personen sein, die in diesem sensiblen Bereich agieren können.

Würth-Goldach knüpft an die Frage von Vreni Wild an. Selbst sei er Präsident der Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Organisation in der Region Rorschach. Es könne ganz klar nicht sein, dass Gemeinden weiterhin eine «Miniorganisation» aufrecht erhalten müssen neben der neuen KES-Organisation. Dies wäre erstens inhaltlich nicht machbar und zweitens viel zu teuer. Es werde in der Region Rorschach geplant, dass die neue Organisation einer KESB mit zwei Abteilungen umgesetzt werde, nämlich einer vormundschaftlichen (KESB) und der Amtsvormundschaft (Berufsbeistände) als zweites Standbein. Zu diskutieren sei diesbezüglich insbesondere die Frage der Unabhängigkeit. Aus Sicht der Arbeitsgruppe sei es aber von Vorteil, dass für den Klienten die Dienstleistungen aus einem Guss einen Vorteil darstellen. Dabei seien keine Vermischungen beabsichtigt. Auch aus Kostengründen sei diese Lösung zu bevorzugen. Der Sozialdienst sei aber Sache der Gemeinde und könne weiterhin Aufträge zu Abklärungen von der KES-Organisation erhalten.

Fässler-St.Gallen stellt fest, dass bereits einer der sensiblen Punkte der Revision tangiert wurde, nämlich die Schnittstelle zwischen KESB und Gemeinde. Es müsse den Ausführungen von Roger Hochreutener klar widersprochen werden, wenn er behaupte, dass «Gemeinden weiter mitdiskutieren» könnten. Das sei eben nicht die Idee, denn die KESB entscheide in Zukunft ausschliesslich nach fachlichen Gesichtspunkten. Die Gemeinde müsse dann einfach finanzieren. Die Diskussion sei aus Gemeindeperspektive verständlich, aber in Zukunft nicht mehr vorgesehen.

Roger Hochreutener hält fest, dass er in seinen Ausführungen missverstanden worden sei. Der Begriff der Gemeinde, der neben der politischen Gemeinde beispielsweise auch die Schulgemeinde enthalte, oder die Gemeindedienste, z.B. Sozialdienste und der schulpsychologische Dienst, seien weiterhin vor Ort. Selbstverständlich werde der Verfügungsentwurf nicht vorab dem Gemeindepräsidenten zugestellt, das sei nicht die Idee. Es sei aber auch klar, dass die Vormundschaftsbehörden nicht alles entscheiden könnten. Diesbezüglich hätten Betroffene, aber auch der Financier Rechte. Diese Fragen seien



aber auch heute schon bekannt. Gemeinden hätten mit dem Entscheid der KESB an sich nichts zu tun.

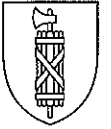
Gartmann-Mels bedankt und verabschiedet Roger Hochreutener und Patrik Müller.

4 Eintretensdiskussion

4.1 Eintretensvotum

Regierungsrat Martin Gehrler hält vorab fest, dass nachfolgend verschiedene Aspekte der bisherigen Diskussion aufgenommen würden. Einleitend sei jedoch festzuhalten, dass das Vormundschaftsrecht zwar seit 100 Jahren unverändert sei und sich im Wesentlichen bewährt habe, gleichzeitig sei es aber angezeigt, nun die erforderlichen Anpassungen vorzunehmen. Es sei auch für alle klar, dass es nicht ganz einfach sei, sich von Bewährtem verabschieden zu können. Zentral sei im Rahmen dieser Gesetzgebung, dass die Ziele des Bundes sich in der kantonalen Umsetzung fortsetzen. Dabei gehe es um die Stärkung der Selbstbestimmung, der Solidarität in der Familie und den verbesserten Schutz. Für die Regierung habe aber stets auch die Frage der Flexibilisierung, nicht nur bei Massnahmen, sondern auch bei der Umsetzung der neuen Aufgaben im Zentrum gestanden. Letztlich gehe es aber insbesondere auch um Professionalisierung, woraus sich massgeblich Regelungsbedarf ergibt. Im Wissen darum, dass der Bund weitgehend abschliessend legiferiert habe, blieb Handlungsbedarf zur Konkretisierung organisatorischer Fragen und verfahrensrechtlicher Aspekte. Dies habe dazu geführt, dass zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht nun dieses Einführungsgesetz (EG-KES) und nicht bloss die Anpassung des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG-ZGB) vorgeschlagen werde.

Eine zentrale Frage in der Regierung sei die Zuständigkeitsordnung zwischen Kanton und Gemeinde gewesen. Zu Beginn des Projekts sei dazu eine Expertise in Auftrag gegeben worden, worin auch die Organisation hinsichtlich Gerichts- oder Verwaltungslösung geprüft wurde. Die Regierung habe damals den Standpunkt vertreten, dass es der Tradition im Kanton St.Gallen entspreche, auf Erfahrungen aufzubauen. Dies wurde insgesamt hoch gewichtet. Auch seien zu einem frühen Zeitpunkt die Umsetzungen anderer Kantone mitberücksichtigt worden. Im Zusammenhang mit der Aufgabenteilung sei für die Regierung insbesondere auch das Prinzip der Subsidiarität wegleitend gewesen. Schliesslich habe das Argument der Bürgernähe den Entscheid für die gewählte Variante zusätzlich gestützt. Trotzdem seien im Hinblick auf die Professionalität der Verwaltungsbehörden Verbesserungen notwendig, was in den vorgeschlagenen Bestimmungen abgebildet sei. Die Aufgabenteilung sei somit wie bisher weiterzuführen aber der Kanton habe zu gewährleisten, dass die Bundesvorgaben kantonalrechtlich umgesetzt würden. Inhaltlich resultiere daraus somit in erster Linie ein Organisationsgesetz. Offenkundig handle es sich bei den erwähnten Bestimmungen um ein Spannungsfeld zwischen dem Interesse der Gemeinden an einer möglichst flexiblen Lösung und dem Anspruch des Bundesgesetzgebers an die Professionalität der Behörde.



In der Vorlage seien verschiedene Anliegen aus der Vernehmlassung aufgenommen worden. Das Gesetz sei weitgehend entschlackt worden. Die Regierung sei der Überzeugung, dass mit dieser Entschlackung ein guter Mittelweg gefunden wurde. Im Nachgang zur Vernehmlassung seien insbesondere Anpassungen des Instanzenzugs vorgenommen und nach Rücksprache mit den betroffenen Gerichten Bestimmungen ergänzt worden. Eine Entschlackung habe der Erlass bei den Anforderungen an die Mitglieder erfahren. Selbstverständlich hätten nicht alle Anliegen berücksichtigt werden können. Klar werde von der Regierung ein eigener Erlass befürwortet. Allein schon die zahlreichen Schlussbestimmungen zeigten, dass ein Nachtrag zum EG-ZGB kaum realisierbar gewesen wäre. Im Rahmen der Vernehmlassung sei auch die bereits diskutierte Regionenbildung thematisiert worden. Der vorliegende Entwurf enthalte keine Vorgaben hierzu. Die Gemeinden hätten die Regierung in ihrer Umsetzungsarbeit überzeugt, dass der eingeschlagene Weg gangbar ist. Die bestehenden rund 70 Vormundschaftsbehörden würden immerhin in zukünftig neun KESB zusammengelegt und die Gemeinden würden diesbezüglich gute Vorarbeit leisten. Ein Vernehmlassungsanliegen, das nicht berücksichtigt wurde, sei sodann die Zusammenlegung der Rechtsmittelinstanz und der Aufsichtsbehörde. Die materielle und administrative Aufsicht müsse getrennt bleiben. Dies entspreche auch der Meinung der betroffenen Gerichte. Schliesslich sei bereits mehrfach die Frage der Trägerschaft thematisiert worden. Neben den Zusammenarbeitsformen nach Gemeindegesetz würde nun eine «lex specialis» für eine neue Rechtsform geschaffen. Die Vorteile der selbständig öffentlich-rechtlichen Einrichtungen seien bereits aufgezeigt worden. Entgegen der vorgängigen Ausführungen sei die Regierung aber klar der Meinung, dass der Verein für die Erfüllung der Aufgaben des Kindes- und Erwachsenenschutzes nicht mit der Verfassung kompatibel sei. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Frage der Kompatibilität mit der Justizreform bei der Ausgestaltung des Instanzenzugs. Diesbezüglich zeichne sich eine schlanke Reform ab und das vorgeschlagene Modell sei kompatibel. Die Familiengerichte seien bei der bereits abgeschlossenen Justizreform nicht errichtet worden, was auch dazu geführt habe, dass für die KESB das Gerichtsmodell ausgeschlossen worden sei. Abschliessend seien noch die Kosten zu erwähnen, die bereits zu Diskussionen Anlass gegeben haben. Es sei in Zweifel gezogen worden, welche Zahlen effektiv stimmten. Die Regierung habe sich dazu verschiedene Überlegungen und auch den Vergleich mit anderen Kantonen gemacht. Wenn jedoch generell auf die Erfahrungen der Gemeinden aufgebaut werde, sei auch auf diese Zahlen abzustellen. Entsprechend sei dies in der Botschaft ausgeführt und es sei unumstritten, dass die effektiven Kosten von diesen Schätzungen abweichen könnten. Die Kostenfolgen für den Kanton seien auch Thema gewesen und es sei für die Regierung auch aus Kostengründen früh klar gewesen, dass der Kindes- und Erwachsenenschutz weiterhin Gemeindeaufgabe bleibe. Für den Kanton sei die Aufgabe möglichst saldoneutral umzusetzen. Es werde einzelne Verschiebungen geben und sei auch im Stellenplan sowie im Aufgaben- und Finanzplan 2013-15 vorgemerkt. Von den bestehenden 200 Stellenprozenten gehe ein Teil zu den Gerichten über und ein Teil verbleibe für die administrative Aufsicht beim Departement des Innern.

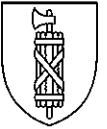
Die vorberatende Kommission werde im Namen der Regierung und insbesondere im Namen von Regierungsrätin Kathrin Hilber ersucht, auf die Vorlage einzutreten.



4.2 Allgemeine Diskussion

Dietsche-Oberriet macht Ausführungen aus Sicht der SVP-Fraktion. Es erscheine angezeigt, verschiedene Aspekte im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht anzupassen. Für kleinere Gemeinden werde es immer schwieriger, diese Aufgaben professionell erfüllen zu können. Als Kantonspolizist könne er aus eigener Erfahrung bestätigen, wie wichtig es sei, dass stets ein Ansprechpartner in diesem Bereich verfügbar sei. Die angestrebte Professionalisierung trage sicherlich dazu bei. Hingegen werde aber auch festgestellt, dass durch die Professionalisierung der ganze Verwaltungsapparat massiv aufgebaut werde und bald nur noch Fachgremien anzutreffen seien und der gesunde Menschenverstand in diesem System untergehe. Die Gemeinden würden ihre eigenen Bürger letztlich am besten kennen und die Probleme seien nicht immer in grössten Verfahren abzuhandeln. Ob dies zielführend sei, werde noch zu Diskussion Anlass geben. Vermisst werden in der Vorlage ferner Ausführungen zur Zuständigkeit und dem Verfahren zur Wahl der Mitglieder der KESB. Auch die Frage der Regionen und andere Fragen seien noch zu klären. Unbestritten sei der Anpassungsbedarf. Es werden allerdings verschiedene Punkte geregelt, die nicht nötig seien, wie z.B. die Weiterbildung. Abschliessend werde bemängelt, dass die Vorlage sehr spät zugestellt wurde. Die Vernehmlassung sei bereits im Juli abgeschlossen gewesen. In der Septembersession habe sich die Departementsvorsteherin dahingehend geäussert, dass die Botschaft bereit sei. Aus diesem Grund sei entschieden worden, das Geschäft vorzuziehen. Die Vorlage werde von der SVP-Fraktion unterstützt.

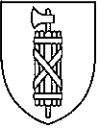
Kühne-Flawil legt die allgemeinen Überlegungen der CVP-Fraktion dar. Er betont, dass die Revision des bisherigen Vormundschaftsrechts unbestrittenermassen überfällig sei. Die von den eidgenössischen Räten beschlossene Änderung des ZGB träte in gut einem Jahr in Kraft, woraufhin der Kanton namentlich im Bereich der Organisation Anpassungen des kantonalen Rechts vorzunehmen habe. Im Kindes- und Erwachsenenschutz, wo es mitunter um einschneidende Eingriffe gehe, bewege man sich in einem der sensibelsten Bereiche. Entsprechend müsse auch der Mensch im Mittelpunkt der Gesetzgebung stehen. Die CVP anerkenne grundsätzlich den gesetzgeberischen Handlungsbedarf und trete entsprechend auf die Vorlage ein. Allerdings sei es aus Sicht der CVP bedauerlich, dass die Vorlage erst rund ein Jahr vor Vollzugsbeginn in die parlamentarische Beratung gelange. Wie bereits dargelegt wurde, seien verschiedene Aufbauarbeiten notwendig und keine Verzögerungen mehr möglich. Die CVP habe ferner grundsätzliche Kritik anzubringen, was sich auch in der Detailberatung und anschliessend in den Änderungsanträgen zeigen werde. Der nun vorliegende Gesetzesentwurf atme den Geist einer ausufernden Staatstätigkeit verbunden mit einem Drang zur Kontrolle. Damit werde aus Sicht der CVP nicht nur die Gemeindeautonomie untergraben, sondern auch ein Misstrauen zum Ausdruck gebracht, dass die Gemeinden die Anforderungen an die Erfüllung eines zeitgemässen Kindes- und Erwachsenenschutz nicht erfüllten. Es liege klarerweise auf der Ebene der Gemeinde, den Kindes- und Erwachsenenschutz im Alltag mit den betroffenen Menschen zu tragen. Entsprechend hätten die Gemeinden auch die Kosten zu tragen und sich richtig zu organisieren. Entsprechend müssten die Gemeinden auch über Art und Erfüllung ihrer Aufgaben entscheiden können. Dabei mute die doch umfassende Aufsicht und Kontrolle, die auch zu finanzieren sei, staatsgläubig und gegenüber den Gemeinden misstrauisch an. Das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht werde mit Sicherheit teurer als in der Botschaft vorgesehen. Wieweit die Vorgaben an Anforderungen und



Fachlichkeit realistisch seien, ist mit Blick auf die Rekrutierung zu diskutieren. Hinzu komme, dass das Äquivalenzprinzip verletzt werde und daraus eine kostentreibende Wirkung resultiere. Die CVP sei auch der Ansicht, dass die Gesetze grundsätzlich schlank sein müssten und beispielsweise Selbstverständlichkeiten, wie z.B. die bereits erwähnte Weiterbildung, nicht im Gesetz festgehalten und Wiederholungen von Bundesrecht vermieden werden sollten. Zusammenfassend werde festgestellt, dass sehr geringer kantonaler Regelungsbedarf bestehe. In diesem Sinn stehe die CVP zu der Vorlage und werde entsprechend darauf eintreten. Einzelne Änderungsanträge im Rahmen der Detailberatung blieben vorbehalten.

Wild-Neckertal äussert sich zur Vorlage im Namen der FDP-Fraktion. Die Revision des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts führe im Kanton zu zwingenden Anpassungen, dies sei unbestritten. Aus Sicht der FDP hätten diese aber im bestehenden EG-ZGB vorgenommen werden können und kein separates Gesetz erlassen werden müssen. Mit dem vorgeschlagenen separaten Gesetz werde man sich aber einverstanden erklären können, soweit dieses schlank gehalten werde. Es sei insgesamt sinnvoll, das bestehende Vormundschaftsrecht anzupassen, zumal die Fälle – insbesondere auch im Kinderschutz – immer komplexer würden. Man erhoffe sich aus der neuen Organisation die professionellere Bearbeitung von vormundschaftlichen Massnahmen. Es sei aber festzuhalten, dass die Gemeinden ihre Aufgabe bisher gut gemacht hätten und mit der Revision hohe Kosten auf die Gemeinden zukommen würden. Auch die FDP erachte den vorgegebenen Zeitrahmen als zu knapp bemessen. Es könne nicht sein, dass das Gesetz erst vorliege, wenn die Regionen bereits die Mitglieder der Behörden suchen würden. Es sei auch darauf zu achten, dass die Professionalität auch durch Erfahrung und nicht allein durch einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss gewährleistet werden könne. Personen mit Erfahrung müssen als gleichwertige Mitglieder wählbar sein. Die Durchführung von Weiterbildungen sei den Gemeinden zu überlassen. Sodann erscheine auch die teure Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit als nicht notwendig. Dafür bestünden andere Anlaufstellen. Schliesslich werde hinterfragt, ob es richtig sei, Gemeinden von den Entscheiden völlig auszuschliessen und diese letztlich nur noch zahlen müssten. Auf die erwähnten Punkte werde man im Rahmen der Detailberatung zurückkommen. Entsprechend spreche sich die FDP-Fraktion für Eintreten aus.

Müller-St.Gallen ergreift das Wort für die EVP, die Grünliberale und Grüne. Es bestehe zweifelsfrei Handlungsbedarf zur Anpassung des bald 100-jährigen Vormundschaftsrechts. Es werde ausdrücklich begrüsst, dass die bisherigen von Gemeinderäten eingesetzten Vormundschaftsbehörden durch Fachgremien ersetzt würden. Entscheidend sei, dass durchgehend eine Professionalisierung angestrebt werde. Weniger erfreut sei man über den Umstand, dass die Gemeinden doch noch weitgehend zuständig seien und auch Einfluss nehmen wollten. Das sei verständlich, da sie auch zahlen müssten. Die Einteilung der Regionen durch die VSGP führe dazu, dass mehr als die Hälfte der Kreise kleiner seien als die Mindestempfehlung, was eine einheitliche Rechtsanwendung und die geforderte Professionalisierung erschwere. Auch die Kosten sollten durch die Regionengründung optimiert werden. Der kantonalen Aufsicht komme in diesem Umfeld eine wichtige Rolle zu, sowohl im administrativen Bereich als durch die Gerichte. Aus Sicht der Fraktion werde die Reorganisation insgesamt teurer als vorgesehen. Ein weiteres wichtiges Anliegen sei die Anhörung der Kinder, was im Gesetz aber vorgesehen sei. Grundsätzlich sei die Fraktion für Eintreten auf die Vorlage.



Fässler-St.Gallen spricht sich im Namen der SP-Fraktion ebenfalls für das Eintreten auf die Vorlage aus. Es sei bereits mehrfach erwähnt worden, dass das aktuelle Vormundschaftsrecht seit 1912 in Kraft sei und mit Ausnahme der Fürsorgerischen Freiheitsentziehung nicht wesentlich angepasst wurde. Entsprechend sei die Überarbeitung mehr als notwendig, nicht nur weil die Probleme komplexer geworden seien, sondern auch der Grundrechtsschutz habe sich stark verändert. Das Verhältnis zwischen Staat und Individuum vor 100 Jahren noch ein anderes. Für die Zukunft sei ein modernes Recht zu erlassen, welches den Grundrechtsschutz berücksichtige, das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen stärke und das sich der Subsidiarität verpflichte und zur Hilfe zur Selbsthilfe anleite. Im Gegensatz zu den vorgängigen Voten werde die Meinung vertreten, dass der Vollzug des Vormundschaftsrechts aktuell nicht in allen Gemeinden funktioniere, wie er funktionieren müsste. Aufgrund eigener beruflicher Erfahrungen werde oft festgestellt, dass die Vormundschaftsbehörden zum Teil fachlich überfordert seien und teilweise aufgrund Kostenüberlegungen dazu führen würden, dass an sich notwendige Massnahmen unterlassen würden. Möglicherweise könne die Nähe zum Menschen hierbei auch hinderlich sein. Insbesondere im Bereich von Kinder- und Jugendlichen sei es leider der Fall, dass ein zu langes Zuwarten irgendwann zum Einschreiten der Jugendanwaltschaft führe und dann der Kanton für die Kosten aufkommen müsse. Mit diesen Vorwürfen würde vielen Gemeinden Unrecht getan, es gebe aber auch jene, die dringenden Handlungsbedarf hätten zur Umsetzung der geforderten Professionalisierung. Diese müsse sowohl in der Behörde als auch im Sekretariat vorgenommen werden. Eine hochqualifizierte Behörde nütze nichts, wenn die Vorarbeiten nicht auch fundiert erfolgten. Eine Kantonalisierung der KESB wäre aus Sicht der SP aus den aufgeführten Gründen vorstellbar gewesen mit entsprechenden Kostenfolgen. Mit der vorgeschlagenen Lösung könne man sich aber einverstanden erklären. Dass die langjährige Erfahrung dauerhaft für ein KESB-Mitglied ausreichend sein solle, könne nicht nachvollzogen werden. Die Kosten, die für die Reorganisation in der Botschaft ausgewiesen seien, wären aber insbesondere für die erforderlichen Löhne an qualifizierte Personen tatsächlich zu tief angesetzt. Grundsätzlich werde aber nicht die Ansicht vertreten, dass das neue System grundsätzlich kostentreibend sei. Frühzeitig getroffene Massnahmen dürften langfristig dazu führen, dass teurere Massnahmen (wie Heimplatzierungen) vermieden werden könnten. Es werde auch nicht der Eindruck erweckt, dass aus der Vorlage die totale Überwachung und eine ausufernde Staatstätigkeit hervorgehen. Es sei eine Professionalisierung in einem komplexen Bereich. Diese sei nicht umsetzbar, wenn gesetzlich nicht entsprechende Vorgaben zur Fachlichkeit gemacht würden. Zu einzelnen Punkten werde in der Detailberatung eingegangen.

Gartmann-Mels stellt fest, dass das Eintreten auf die Vorlage von den Kommissionsmitgliedern nicht bestritten sei.

Regierungsrat Martin Gehrer nimmt vor Eröffnung der Detailberatung noch drei der bisher erwähnten Punkte auf. Die von Kantonsrat Dietsche zur Wahl der KESB-Mitglieder aufgeworfene Frage könne erläutert werden: Die Zuständigkeit für die Wahl sei im Entwurf nicht vorgesehen, da diese zwingender Teil der Vereinbarung zwischen den Gemeinden sei.



Für die späte Zustellung der Vorlage werden die Kommissionsmitglieder um Entschuldigung gebeten. Die Regierung hat Botschaft und Entwurf am 18. Oktober 2011 verabschiedet. Es werde zur Kenntnis genommen, dass dies aus Sicht der Kommissionsmitglieder zu spät war.

Mehrfach sei schliesslich ausgeführt worden, dass in der Botschaft die Kosten unterschätzt würden. Das könne nicht ausgeschlossen werden. Die Kostenschätzung war ein Versuch, auf bestehende Erfahrungen abzustellen. Nicht nachvollziehbar sei der Vorwurf, dass die Regelungsdichte kostentreibend sei. Es bestünden wenige Vorschriften, die Einfluss auf Kosten hätten. Vielmehr können im Erlass Organisationsvorschriften vorgefunden werden, die den Kantonen Erleichterungen ermöglichen.

4.3 Spezialdiskussion und Schlussabstimmung

Gartmann-Mels stellt fest, dass das vorliegende Geschäft zeitlich dringlich zu behandeln sei. Damit die Vorlage vom Kantonsrat in der Novembersession behandelt werden könne, sei entscheidend, dass die Kommission die Beratung heute abschliessen könne. Auf Antrag des Präsidenten erklärten sich die Kommissionsmitglieder einstimmig einverstanden, direkt die Gesetzesvorlage zu beraten.

Artikel 1 (Zuständigkeit) / Ziff. I
Keine Wortmeldungen.

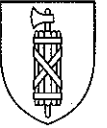
Artikel 2 (Trägerschaft) / Ziff. II

Dietsche-Oberriet stellt fest, dass die Frage der Trägerschaft nach den Ausführungen von Roger Hochreutener ebenfalls zu Diskussionen geführt hätte. Es sei zu befürchten, dass alle Regionen andere Modelle wählten. Er fragt sich, weshalb trotz der Aussage, dass beispielsweise ein Zweckverband nicht so geeignet sei, trotzdem die verschiedenen Formen zur Verfügung stünden.

Regierungsrat Martin Gehrler legt dar, dass dies in den Gemeinden soweit abgesprochen sei, welche Formen gewählt würden. Die Regierung habe sich insbesondere auch überlegt, was wäre, wenn eine Gemeinde sich nicht mehr an einer Trägerschaft beteiligte. In solchen Fällen könnten die Gemeinden aufsichtsrechtlich verpflichtet werden. Abgestellt sei bei den zulässigen Zusammenarbeitsformen vorab auf die bestehenden nach dem Gemeindegesetz. Wie bereits ausgeführt worden sei, bestünden mindestens bei einem Modell Nachteile. Die neue Rechtsform, die als geeignet für die Aufgaben erscheine, sei aus einer Arbeitsgruppe zusammen mit dem Gemeindepräsidenten von Gaiserwald, Andreas Haltinner, entstanden.

Dietsche-Oberriet geht davon aus, dass Gemeinden nicht zwingend zur Zusammenarbeit verpflichtet seien.

Andrea Lübberstedt weist darauf hin, dass die Zusammenarbeitsformen durch Art. 2 des Einführungsgesetzes abschliessend geregelt seien und diese Bestimmung nur den Verbund zulasse. Es sei eindeutig, dass die Gemeinden mittels rechtssetzender Vereinbarung zusammenarbeiten müssten. Der Entwurf stelle zudem auf dem Gemeindegesetz ab



und es werde auf die darin bestehenden interkommunalen Zusammenarbeitsformen verwiesen.

Würth-Goldach kann zur Sicht der Gemeinden ergänzen, dass tatsächlich die drei Modelle in der Praxis gewählt würden. Die Region Gossau werde sich für die selbständig öffentlich-rechtliche Einrichtung entscheiden mit dem Vorteil, dass kein Bürgerversammlungsbeschluss notwendig sei und lediglich eine fakultative Referendumpflicht bestehe. Die Region Rorschach werde einen Zweckverband errichten. Im Prinzip bestehe auch dort das Problem, dass die Bürgerversammlung, die darüber abstimme, nicht ablehnen dürfe. Die Stadt St.Gallen wähle das Sitzgemeindemodell, da dies aufgrund der Grösse vernünftig sei. Somit würden alle drei Modelle umgesetzt und die Möglichkeit müsse den Gemeinden auch geboten werden, wenn diese für die Organisation zuständig seien.

Wild-Neckertal stellt den Antrag, den zweiten Absatz von Art. 2 zu streichen. Es sei nicht nachvollziehbar, weshalb die Vereinbarung, wenn schon keine Genehmigungspflicht bestehe.

Regierungsrat Martin Gehrer führt aus, dass die Kenntnisnahme für die administrative Aufsichtsbehörde wichtig sei.

Kühne-Flawil unterstütze den Streichungsantrag von Wild-Neckertal im Sinn einer schlanken Gesetzgebung. Es sei fraglich, was das zuständige Departement mache, wenn es mit der Vereinbarung nicht einverstanden sei.

Andrea Lübberstedt erläutert, dass es bei dieser Bestimmung um die Sicherstellung des Informationsflusses gehe, wie dies auch bei anderen Artikeln im Erlass der Fall sei. Klar sei aber, dass keine Genehmigungspflicht suggeriert werde.

Fässler-St.Gallen nimmt zu den Ausführungen von Kühne-Flawil Stellung. Wenn die administrative Aufsicht so ausgestaltet sei, müsse sie auch von der Vereinbarung Kenntnis nehmen und die Übereinstimmung mit dem geltenden Recht prüfen können. Nötigenfalls sei eine Intervention erforderlich. Die Bestimmung erscheine daher gerechtfertigt.

Andrea Lübberstedt bestätigt, dass die Aufsicht wie bisher weitergeführt werden müsse und daher auch Weisungen möglich sein müssten. Zudem weist sie auf die nach Bundesrecht erforderliche Bestimmung der Aufsicht hin.

Locher-St.Gallen vertritt den Standpunkt, dass es sich dabei um eine rechtliche Frage handle. Im Rahmen der Aufsicht seien die Gemeinden in der Pflicht, die nötigen Nachweise zur bestehenden KESB zu erbringen. Nach Art. 10 Bst. a des Erlasses überwache die Aufsichtsbehörde den gesetzmässigen Bestand der KESB. Im Rahmen dieser Überwachung, müsste die Vereinbarung ohnehin geliefert werden. Bei dieser Bestimmung handle es sich jedoch um ein «Lieferrn auf Vorrat», was über die Aufsichtstätigkeit hinausgehe. Durch die Streichung wäre nicht die Aufsicht in Frage gestellt.

Die vorberatende Kommission stimmt dem **Antrag Wild-Neckertal** zur Streichung von Art. 2 Abs. 2 mit 12:2 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.



Artikel 3 (b) Selbständig öffentlich-rechtliche Kindes- und Erwachsenenschutzeinrichtung 1. Vereinbarung) / Ziff. II

Würth-Goldach beantragt die Streichung des Zusatzes «sowie deren Entschädigung» in Bst. d der Bestimmung. Aus seiner Sicht gehe aus der Bestimmung nicht klar hervor, ob die Grundsätze in der Vereinbarung geregelt werden müssten. Es sei klar, dass das für die Wahl der Mitglieder zuständige Organ auch deren Entschädigung festlege. Die Entschädigung selbst in der Zweckverbandsvereinbarung festzulegen wäre ohnehin falsch.

Regierungsrat Martin Gehrler führt aus, dass es sich um eine rechtsetzende Vereinbarung handle, die die wesentlichen Grundsätze enthalten müsse. Seiner Meinung nach gehöre auch die Entschädigung dazu. Der Bürger solle wissen, wie die Entschädigungsgrundsätze aussehen.

Benedikt van Spyk hält es für richtig, dass die Grundsätze in der Vereinbarung festgelegt würden. Es sei dies auch eine Frage der Delegation, da die Vereinbarung gleichsam die gesetzliche Grundlage für die Anstellung der Mitglieder darstelle. Die Idee sei nicht die Entschädigung betragsmässig festzulegen, sondern den allgemeinen Rahmen bzw. die Grundlagen der Bemessung. Aus Sicht der Stufengerechtigkeit erscheine es angemessen, dies festzuhalten.

Würth-Goldach könne diese Ausführungen nicht teilen und nachvollziehen. Das Gemeindegesetz sage auch nicht, wie die Entschädigung festzulegen sei. Jedes Mal, wenn die Entschädigung zu verändern wäre, müsste die Vereinbarung angepasst werden unter Referendumpflicht. Dass die Bürger die Grundsätze der Entschädigung mitbestimmen sei in keinem anderen Zweckverband der Fall.

Würth-Goldach stellt den Antrag zur folgenden Anpassung von Art. 3 Bst. d:

Zuständigkeit für die Festlegung der Zahl und die Wahl der Mitglieder der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde _____;

Die vorberatende Kommission stimmt dem Antrag mit 12:1 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

Würth-Goldach erkundigt sich betreffend Bst. f der Bestimmung, was gemeint sei mit der Pflicht zur Berichterstattung und Auskunftsrechten der Gemeinden. In Art. 148 des Gemeindegesetzes (sGS 151.2; abgekürzt GG) sei diese Informationspflicht bereits enthalten und Bst. f aus seiner Sicht überflüssig.

Andrea Lübberstedt stellt klar, dass sich die Bestimmung ausschliesslich auf die neue Möglichkeit zur Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung beziehe. Gegenstand sei nicht die Zweckverbandsvereinbarung. Mit der Bestimmung sollte es den Gemeinden überlassen werden, entsprechende Auskunftsrechte zu vereinbaren und ihre Bedürfnisse zu bestimmen.

Würth-Goldach nimmt zur Kenntnis, dass nur die öffentlich-rechtliche Einrichtung durch die Bestimmung erfasst sei und nicht auch der Zweckverband. Er fragt ergänzend nach, was mit Auskunftsrechten der beteiligten Gemeinden gemeint sei.



Benedikt van Spyk führt aus, dass es sich bei der Bestimmung nach Art. 148 GG um die entsprechende gesetzliche Grundlage für den Zweckverband handle. Mit der Bestimmung sollte dies auch auf Vereinbarungsstufe für die neue selbständig öffentlich-rechtliche Kindes- und Erwachsenenschutzeinrichtung umgesetzt werden. Art. 148 GG sei nicht anwendbar für die Einrichtung. Eine analoge Regelung wäre mit dieser Bestimmung auf Vereinbarungsstufe möglich und den Gemeinden zu überlassen.

Würth-Goldach stellt fest, dass Art. 4 des Erlasses einen Verweis auf das Gemeindegesetz enthalte. Er halte an seinem Antrag daher fest.

Fässler-St.Gallen fragt nach, ob dadurch die gesetzliche Grundlage für eine Auskunftserteilung gestrichen werde.

Andrea Lübberstedt präzisiert, dass die Bestimmung einzig das Verhältnis zwischen Einrichtung und Gemeinde betreffe und nicht für Einzelfälle massgeblich sei.

Regierungsrat Martin Gehrer ergänzt, dass Art. 29 des Erlasses die Grundlage für Informationen der KESB an andere Behörden schaffe.

Die vorberatende Kommission stimmt dem **Antrag Würth-Goldach** zur Streichung von Art. 3 Bst. f mit 12:1 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

Artikel 4 (2. Gemeindegesetz) / Ziff. II
Keine Wortmeldungen

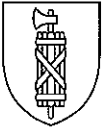
Artikel 5 (Mitglieder a) Anzahl und Vorsitz) / Ziff. II
Gadient-Walenstadt erkundigt sich, wie die Hauptamtlichkeit definiert sei.

Andrea Lübberstedt verweist auf die Botschaft für die Begründung, weshalb die oder der Vorsitzende hauptamtlich tätig sein sollte, um nämlich neben den fachlichen Aufgaben auch oft verfahrensleitende, personelle und weitere Management-Aufgaben wahrzunehmen. Empfohlen werde ein Pensum von wenigstens 80 Prozent. Erforderlich erscheine in Anlehnung an die Gerichtsordnung ein Pensum von wenigstens 65 Prozent.

Dietsche-Oberriet fragt, ob es zwingend notwendig sei, diese Hauptamtlichkeit im Gesetz festzuhalten.

Andrea Lübberstedt stellt klar, dass es sich bei der Bestimmung nicht um eine bundesrechtliche Lücke handle, sondern im Ermessen der Kommission liege, wie eine Profibehörde in Zukunft sichergestellt werden solle.

Fässler-St.Gallen verweist auf das von der SP im Rahmen der Vernehmlassung vorgebrachte Anliegen, dass auch Job-Sharing-Modelle geprüft werden sollten. Gerade für Vorsitzende könnte dies interessant sein und würde auch den Markt an potentiellen qualifizierten KESB-Mitgliedern vergrössern.



Forrer-Grabs spricht sich für eine generelle Streichung von Art. 5 des Erlasses aus. Die Bestimmung sei nicht erforderlich, um professionelle Strukturen zu gewährleisten und die Hauptamtlichkeit könne in der Aufbauphase eher zu Einschränkungen führen.

Dietsche-Oberriet gibt zu bedenken, dass Art. 5 grundsätzlich schon nötig sei. Es erscheine jedoch angebracht, gestützt auf die Ausführungen von Patrik Müller, einen gewissen Spielraum zuzulassen.

Regierungsrat Martin Gehrler legt dar, dass vom Vorsitzenden neben den fachlichen Anforderungen und den Kernaufgaben die personelle Führung und Koordination zukomme. Eine grundsätzliche Notwendigkeit sei aber nicht gegeben. Die Kommission werde jedoch ersucht, an Absatz 1 festzuhalten, da dieser die Stellvertretung regle.

Wild-Neckertal stellt den Antrag Art. 5 Abs. 2 des Erlasses zu streichen. Man müsse Vertrauen in die Gemeinden haben, dass sie dies angemessen lösen würden und die Bestimmung erscheine daher unnötig.

Forrer-Grabs zieht seinen generellen Streichungsantrag zurück.

Die vorberatende Kommission stimmt dem **Antrag Wild-Neckertal** zur Streichung von Art. 5 Abs. 2 mit 14:1 Stimmen zu.

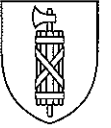
Artikel 6 (Qualifikation) und Art. 7 (Wählbarkeit) / Ziff. II.

Bühler-Schmerikon fragt sich, ob nicht eine angepasste Übergangsbestimmung notwendig wäre, dass in der Aufbauphase nicht nur Hochschulabschlüsse zugelassen würden, sondern z.B. auch erfahrene Vormundschaftssekretärinnen und -sekretären weiterhin beschäftigt werden könnten. Es sei klar, dass gerade die Vorsitzenden die fachlichen Anforderungen erfüllten. Es könne jedoch nicht sein, dass von älteren Mitarbeitenden noch eine Zusatzausbildung verlangt werde.

Locher-St.Gallen hält den Aufbau von Art. 6 und 7 grundsätzlich nicht für logisch. In Art. 6 werde festgehalten, wer qualifiziert sei, danach die Wählbarkeit aber dennoch erweitert. Die Bestimmungen müssten zusammengeführt werden. Wer qualifiziert sei, müsse auch wählbar sein.

Fässler-St.Gallen hält die Ausführungen von Locher-St.Gallen für nachvollziehbar. In Art. 6 Bst. c werde auf höhere Fachschulabschlüsse verwiesen. Er fragt sich, ob es diese Disziplinen überhaupt gebe.

Andrea Lübberstedt weist darauf hin, dass sich das Bildungswesen stark im Umbruch befinde. Die höheren Fachschulen hätten mit dem neuen Berufsbildungsgesetz eine Aufwertung erfahren und dieser Bereich sei im Allgemeinen sehr dynamisch. Es seien beispielsweise bereits Lehrgänge im Bereich Kinderpädagogik oder Psychiatrie auf Ebene höhere Fachschule möglich. Richtig sei aber, dass in der Psychologie bisher kein Lehrgang auf diesem Niveau möglich sei, dies aber in Zukunft nicht ausgeschlossen werden könne. Es wäre nicht zielführend, hier bereits eine Beschränkung zu verankern. Unter anderem seien die geäußerten Bedenken im Rahmen der Vernehmlassung auch ein Grund gewesen, diese Formulierung anzupassen. Die Vernehmlassungsvorlage habe



noch auf das Niveau Tertiär A (Universität oder Fachhochschule) und nicht Tertiär B abgestellt. Es gelte auch zu bedenken, dass es sich beim Niveau Tertiär B um Praktiker handle und dies den Anforderungen der KESB entgegenkomme.

Kühne-Flawil ist der Ansicht, dass mit der Aufzählung in Art. 6 die Rekrutierung von KESB-Mitgliedern eingeschränkt werde. Das Bundesgesetz schreibe eine Fachbehörde vor und gebe keine konkreten Qualifikationen vor. Aus seiner Sicht wäre es zweckdienlicher, hier einen einfachen Satz zu formulieren. Dieser müsse dahingehend lauten, dass die Mitglieder über das notwendige Fachwissen verfügen. Es müsse sichergestellt werden, dass nicht bestehende Mitarbeitende verloren und damit auch ein Know-How-Verlust einhergehe. Entsprechend wären Art. 6 und 7 zu ersetzen.

Kühne-Flawil formuliert folgenden Vorschlag für einen neuen Artikel, der Art. 6 und 7 ersetzen würde:

Die Mitglieder der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde verfügen über das notwendige Fachwissen und die entsprechende Berufspraxis.

Dietsche-Oberriet unterstützt grundsätzlich den Vorschlag von Kühne-Flawil. Insbesondere erscheine die mehrjährige Berufserfahrung wichtig. Es liege ihm am Herzen, dass fähige bestehende Mitarbeitende der Vormundschaftsbehörden nicht ihre Anstellung verlieren würden und der KESB die notwendige Erfahrung fehle. Das Bundesrecht formuliere nicht klar, wer genau in die Behörde gewählt werden könne. Die Formulierung sei insofern offen. Er ist aber klar der Ansicht, dass bestimmte Disziplinen doch aufgeführt werden müssten.

Gadient-Walenstadt gibt zu bedenken, dass die Professionalisierung der Behörden absehbar gewesen sei und jeder gewusst habe, dass in Zukunft eine bestimmte Qualifikation vorausgesetzt würde. Die Mitarbeitenden, die sich nicht um entsprechende Nachqualifikationen bemüht hätten, sollten auch nicht Einsitz in die Behörde nehmen können. Eine Fortführung der neuen Behörden mit den bestehenden Mitarbeitenden bedeute keine Professionalisierung. Zudem sei ein Studium oder eine Ausbildung nicht dazu da, den gesunden Menschenverstand auszutreiben, wie dies teilweise dargelegt worden sei. Es liege an der Wahlbehörde, die passenden Leute anzustellen.

Würth-Goldach hält fest, dass die Gemeinden teilweise froh sein müssten, wenn sie überhaupt die bestehenden Mitarbeitenden für die neuen KESB gewinnen könnten. Sie hätten grosse Mühe, Personal zu rekrutieren. Er fügt hinzu, dass die Gemeinden in der Lage seien, das Bundesgesetz zu lesen und die Anforderungsprofile bereits entsprechend erstellt worden seien. Die Gemeinden wüssten, dass es eine Fachbehörde brauche. Daher schliesse er sich dem Antrag Kühne-Flawil an. Es müsse lediglich der Grundsatz festgelegt werden. Dies sei zudem angezeigt, da sich die Bildungslandschaft verändere. Es könne nicht sein, dass man in Zukunft dann immer das Gesetz anpassen müsse.

Andrea Lübberstedt erläutert, dass es bei der Bestimmung um eine Auslegung des Bundesrechts gehe. Das Bundesgesetz sei diesbezüglich nicht eindeutig. Klar sein müsse aber, dass nach der massgeblichen Bestimmung in Art. 440 ZGB Praxis allein nicht ausreiche. Es wäre im Einzelfall fraglich, ob ein Entscheid einer nicht fachlich zusammengesetzten Behörde, sondern lediglich von Personen mit Erfahrung, als rechtmässig beurteilt



würde. Im Übrigen weise sie darauf hin, dass der Kanton St.Gallen im interkantonalen Vergleich sehr flexibel bezüglich der Anforderungen sei. Andere Kantone sähen erheblich engere Vorgaben vor. Entsprechend werde es als grundsätzlich notwendig erachtet, nicht nur einen Grundsatz festzuhalten, sondern auch zu bestimmen, wie die Fachlichkeit erkannt werde.

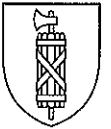
Regierungsrat Martin Gehrler könne die Ausführungen von Locher-St.Gallen nachvollziehen. Vermutlich seien tatsächlich noch redaktionelle Anpassungen möglich. Es müsste im Grundsatz festgehalten werden, dass wählbar sei, wer die fachlichen Anforderungen erfülle. Anschliessend bräuchte es eine klare Vorgabe zu den fachlichen Anforderungen. Zwingend notwendig sei, dass eine Juristin oder ein Jurist an der Entscheidung mitwirke. Da dies unbestritten der Fall sei, könne dies den Gemeinden auch vorgegeben werden.

Bühler-Schmerikon teilt mit, dass er selbst Mitglied einer Vormundschaftsbehörde sei und die Vorsitzende klar den Wunsch geäussert habe, dass juristische Kenntnisse in der Behörde vorhanden seien. Bisherige Mitglieder müssten aber ebenfalls in die Behörde gewählt werden können. Der Vorschlag von Kühne-Flawil werde unterstützt.

Benedikt van Spyk gibt zu bedenken, dass es sich vorliegend über einen sehr zentralen Bereich des Gesetzes handle. Ausgangspunkt sei, dass es sich um eine Behörde handle, die über teilweise massive Eingriffe in die persönliche Freiheit entscheide. Der kantonale Gesetzgeber müsse wichtige Aspekte auf Gesetzesesebene regeln. Aufgrund des Eingriffscharakters würde der Gesetzgeber dem allgemeinen Grundsatz nicht nachkommen, wenn er nur eine allgemein formulierte Vorgabe vorsehen würde. Für die Bestimmung der Behörde sollten konkrete Anforderungen im Gesetz formuliert sein. Die Formulierung der Bestimmungen und eine allfällige Übergangsregelung wären zu diskutieren. Problematisch sei aber, lediglich eine allgemeine Generalklausel zu verankern, die inhaltlich leer sei.

Locher-St.Gallen knüpft am Votum von Benedikt van Spyk an. Es sei unbestritten, dass es teilweise um schwere Eingriffe gehe. Dem werde aber durch den vorgegebenen Rechtsschutz ausreichend Rechnung getragen. Es werde davor gewarnt, dass die möglichen Berufsbildungsgänge abschliessend im Gesetz aufgeführt würden. Er ergänze den Antrag Kühne-Flawil dahingehend, dass das «notwendige Fachwissen und Berufspraxis insbesondere in den Bereichen Rechtswissenschaften, Psychiatrie, Soziale Arbeit und Medizin» und allenfalls weitere Disziplinen aufgeführt würden. Er schlage somit vor, den Fächer an möglichen Disziplinen offen zu lassen.

Dietsche-Oberriet knüpft an das Votum Locher-St.Gallen an. Es könne nicht sein, dass durch die Reorganisation einem bestimmten Berufsstand Stellen zugeschrieben würden. Die Stellen, die geschaffen würden, wären jedoch einem bestimmten Berufsstand vorbehalten. Es sei richtig, dies offen zu lassen. Es sei klar, dass Bemühungen für die Wahl in die neue Behörde erforderlich seien. Zum ergänzten Antrag Locher-St.Gallen müssten jedoch die mindestens erforderlichen Disziplinen und Qualifikationsniveaus klar bezeichnet werden und nicht in eine offene Aufzählung münden. Für weitere Kompetenzen könne dann immer noch Platz gelassen werden.



Andrea Lübbert erläutert, dass der Vorschlag von Dietsche-St.Gallen genau der Vorlage der Regierung in Art. 6 entspreche. Es würden mit Recht und Sozialem zwei Hauptbereiche definiert, die der Bund als Kernkompetenzen bezeichne. Demgemäss wäre das Anliegen von Dietsche-Oberriet in Art. 6 abgebildet.

Fässler-St.Gallen ist der Ansicht, dass wenn mittel- und langfristig tatsächlich eine Professionalisierung erreicht werden solle, müssten auch die erforderlichen Abschlüsse gefordert werden. Dazu brauche es Vorschriften. Fünf Jahre Berufserfahrung dürften nicht auf alle Ewigkeit ausreichend sein. Es könne nicht die Idee des Bundesgesetzgebers sein, dass das kantonale Gesetz dies vorgebe. Eine Übergangsregelung sei allerdings selbstverständlich, dass für bestehende Mitarbeitende eine Lösung gefunden werden könne. Zeitlich könne sogar noch eine grosszügigere Bestimmung vorgegeben werden. Mittelfristig sollten die Mitglieder aber mindestens über den Abschluss einer höheren Fachschule verfügen. Es werde auch die Ansicht vertreten, dass ein Rechtsagent keine juristische Ausbildung sei, sondern diese ausschliesslich durch ein Universitäts- oder Fachhochschulstudium erlangt werden könne. Entsprechend beantrage er, Art. 6 Bst. b zu streichen.

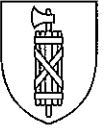
Kühne-Flawil ist klar der Meinung, dass es sich bei der vorgeschlagenen Formulierung nicht um eine inhaltsleere Generalklausel handle. Die erwarteten Disziplinen seien immerhin in der bundesrätlichen Botschaft beschrieben. Die Ergänzung Locher-St.Gallen mit einer insbesondere-Aufzählung sei daher die richtige Lösung, um die notwendige Flexibilität zu gewährleisten.

Gadient-Walenstadt meint, dass die Auffassung unter den Gemeinden gemeinhin begrüsst werde, dass in diesem heiklen Bereich bestimmte Vorgaben gemacht würden. Die im Entwurf der Regierung beschriebenen Disziplinen umfassten genau die notwendige Ausbildung in diesen Bereichen. Die weiten Begriffe der Psychologie oder Medizin sollten etwas eingegrenzt werden.

Würth-St.Gallen teilt die Auffassung von Gadient-Walenstadt, dass diese ausgebildeten Personen genau gesucht würden. Die Gemeinden seien auch in der Lage, diese Personen auszuwählen. Eine zu strenge Einschränkung wäre aber falsch. Wenn der Markt die notwendigen Fachkräfte hergebe, dann würden diese auch gewählt. Wenn diese Personen nicht gefunden werden könnten, müsste dennoch eine Lösung gefunden werden.

Dietsche-Oberriet hält fest, dass sich seine Ergänzung nicht mit dem bestehenden Art. 6 decke. Art. 6 werde so verstanden, dass alle Mitglieder über eine der aufgeführten Qualifikationen verfügen müssten. Die Idee sei jedoch, dass von Fachpersonen gemäss Antrag von Kühne-Flawil die Rede sei, aber klare Ausführungen gemacht würden, dass mindestens ein Jurist und eine Person aus dem Bereich Soziales in der KESB vertreten sei und der Rest auch andere Mitglieder sein könnten gemäss Materialien zum Bundesgesetz. Hinsichtlich der Anforderungen an den Jurist werde die Meinung von Fässler-St.Gallen geteilt, dass die Ausbildung zum Rechtsagenten nicht ausreiche.

Andrea Lübbert unterstützt die Ausführungen von Dietsche-Oberriet. In Art. 7 Bst. c des Entwurfs werde dieses Anliegen aufgenommen. Möglicherweise sei effektiv die Formulierung missverständlich. Art. 7 Bst. c halte nämlich fest, dass es möglich sei, weitere



Disziplinen in die Behörde zu wählen, wenn bereits eine genügende Anzahl Mitglieder mit einer Qualifikation nach Art. 6 darin vertreten sei. Es werde die Ansicht vertreten, dass Art. 7 Bst. c die erforderliche Offenheit des Gesetzes ermögliche. Diese Bestimmung könne selbstverständlich auch noch ganz geöffnet werden, indem alle weiteren möglichen Fachkenntnisse ergänzend zulässig würden.

Gartmann-Mels fasst zusammen, dass der Antrag Kühne-Flawil und Locher-St.Gallen im Raum stehe für einen neuen Artikel mit folgendem Wortlaut, der die bestehenden Art. 6 und 7 ersetze:

Die Mitglieder der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde verfügen über das notwendige Fachwissen und die entsprechende Berufspraxis, insbesondere aus den Bereichen der Rechtswissenschaft, Psychiatrie, Soziale Arbeit und Medizin.

Dietsche-Oberriet stellt fest, dass es sich dabei um eine reine Aufzählung handle, während er eine Forderung wünsche analog der Variante, die Andrea Lübberstedt formuliert habe. Die Disziplinen Recht und Soziales müssten zwingend vertreten sein, wozu eine Aufzählung nicht ausreiche.

Kühne-Flawil gibt zu bedenken, dass den Gemeinden in diesem Zusammenhang Vertrauen geschenkt werden solle, dass sie zur interdisziplinären Absicherung der Behördeentscheide die richtigen Leute wählen würden. Zudem enthalte die bundesrätliche Botschaft die notwendigen Anforderungen, dies müsse nicht auch im Gesetz enthalten sein.

Dietsche-Oberriet zieht seinen Antrag auf Nachfrage des Präsidenten zurück.

Gadient-Walenstadt weist darauf hin, dass nach dem Wortlaut des Antrages nun Medizin und Psychiatrie aufgeführt würden. Die Medizin umfasse jedoch die Psychiatrie, während bei dem Vorschlag die Psychologie separat genannt werden müsste.

Locher-St.Gallen stimmt Gadient-Walenstadt zu und passt den Wortlaut des Antrages wie folgt an:

Die Mitglieder der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde verfügen über das notwendige Fachwissen und die entsprechende Berufspraxis, insbesondere aus den Bereichen der Rechtswissenschaft, Psychologie, Soziale Arbeit und Medizin.

Die vorberatende Kommission stimmt dem **Antrag Kühne-Flawil** und **Locher-St.Gallen** sowie der gleichzeitigen Streichung von Art. 6 und 7 mit 15:0 Stimmen zu.

Locher-St.Gallen merkt an, in Folge der Abstimmung zuhanden der Materialien festzuhalten sei, dass die vorberatende Kommission die Öffnung betreffend fachliche Anforderungen explizit gewünscht habe. Es sei zu verhindern, dass der Anforderungskatalog vom zuständigen Departement anschliessend verbindlich als Wegleitung oder Richtlinien festgelegt werde.

Artikel 8 (Unvereinbarkeit) / Ziff. II.

Würth-Goldach nimmt vorab zu Bst. a Stellung. Daraus ziehe er die Folgerung für die Organisation der Region Rorschach, dass der Vorsitzende nicht gleichzeitig operativ tätiger und administrativer Leiter der Firma sein könne. Dies würde mit der Formulierung



ausgeschlossen und müsse aber möglich sein. Ansonsten sei die Auslastung möglichst grosser Pensen schwierig. Es sei möglich, dass die Organisation auch noch andere Aufgaben umfasse, wie z.B. in den Regionen Gossau oder Rorschach, wo unter einem Dach auch die Amtsvormundschaft angesiedelt werde und der Vorsitzende letztlich auch administrativer Leiter der gesamten Firma sein werde. Zudem sei Bst. b kritisch, wonach Mitglieder der KESB nicht gleichzeitig dem Gemeinderat angehören dürften. Z.B. sei es selbstverständlich, dass Kreisrichter gleichzeitig im Gemeinderat sitzen könnten. Die Absicht sei klar, es solle durch das Gesetz die Einflussnahme durch die Gemeinde ausgeschlossen werden. Es sei aber nicht ausgeschlossen, dass unter den 50 Gemeinderatsmitglieder durchaus Personen mit einer der aufgeführten Qualifikation seien. Sollte dies der Fall sein, wäre eine Anstellung in der KESB z.B. in einem 20 Prozent-Pensum durchaus denkbar. Im Übrigen würden die generellen Ausstandsregeln zur Anwendung kommen. Daher werde beantragt Bst. a und b zu streichen, da diese nicht praxistauglich seien.

Gadient-Walenstadt erkennt einerseits Widersprüche in der Argumentation, dass neben den hohen Anforderungen auch noch andere Ämter bekleidet werden sollten. Dies erscheine organisatorisch schwer umsetzbar. Andererseits erkenne sie ein Problem hinsichtlich der Gewaltentrennung. Die Amtsvormundschaft dürfe der KESB zwar fachlich, aber nicht organisatorisch unterstellt sein. Eine hierarchische Vorgesetztenstellung gegenüber den Amtsvormunden sei nicht möglich. Schliesslich sei ausgeschlossen, dass eine Person gleichzeitig im Zweckverband angestellt sei und der Delegiertenversammlung angehöre.

Würth-Goldach erachtet es für die neue Organisation als sehr wichtig, dass die verschiedenen Stellen nahe zusammenarbeiten. Dabei mache die KESB die Abklärungen und beschliesse Massnahmen und die Amtsvormundschaft sei für den Vollzug zuständig. Es könne nicht die Meinung sein, dass noch ein zusätzlicher Zweckverband gegründet werden müsse. Dies bedinge auch, dass jemand den ganzen Betrieb organisatorisch führe, was mit dieser Bestimmung ausgeschlossen werde. Gewalttrennung sei zudem etwas anderes.

Regierungsrat Martin Gehrler weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass derzeit im Kantonsrat auch über den Bericht über Public Corporate Governance beraten werde, wonach gefordert werde, dass möglichst ungebunden und frei entschieden werden könne und Interessenskonflikte vermieden werden müssten. Bei der aktuellen Diskussion zur Unvereinbarkeitsbestimmung betreffe dies genau diesen typischen Fall. Gerade in diesem Kernbereich, sollte deshalb zwingend an dem Vorschlag der Regierung festgehalten werden. Mit der Annahme des Antrages Würth-Goldach bestehe die Gefahr, dass ein noch grösserer Apparat aufgebaut würde. Der Auffassung von Gadient-Walenstadt sei daher zuzustimmen.

Gadient-Walenstadt ergänzt, dass die Nähe der Zusammenarbeit durch diese Bestimmung nicht ausgeschlossen werde.

Andrea Lübberstedt führt aus, dass es bei der Bestimmung um Konstellationen gehe, in denen z.B. ein Delegierter eines Zweckverbandes nicht gleichzeitig Mitglied der Behörde sein und damit über sich selbst bestimmen könne. Je mehr Mitglieder und verschiedene



Aufgaben eine Organisation umfasse, desto häufiger würden auch entsprechende Ausstandsverfahren, was zu vermeiden sei. Wichtig erscheine in diesem Zusammenhang noch auf das Aufsichtsverhältnis hinzuweisen. Die Behörde übe die fachliche Aufsicht über die Beiständinnen und Beistände aus. Es sei fraglich, wie viele verschiedene Funktionen eine Person in sich vereinen könne. Strukturelle Zusammenarbeiten über die Organisationen seien nicht durch die Bestimmung ausgeschlossen.

Würth-Goldach geht davon aus, dass ein Missverständnis vorliege. Es sei völlig klar, dass ein Verwaltungsrat oder Delegierter der Trägerschaft nicht gleichzeitig Mitglied der KESB sein könne. Dazu bestehe Einigkeit. Es gehe vielmehr um die administrativen Geschäfte.

Regierungsrat Martin Gehrler geht davon aus, dass die Formulierung missverständlich ist.

Gartmann-Mels stellt den Antrag Würth-Goldach zur Streichung von Art. 8 Bst. a und b zurück.

Artikel 9 (Weiterbildung) / Ziff. II

Dietsche-Oberriet sehe den Sinn und Zweck der Bestimmung nicht ein. Er sei der Meinung, dass diese Bestimmung gestrichen werden könne.

Kühne-Flawil unterstütze den Streichungsantrag Dietsche-Oberriet. Es handle sich bei dieser Bestimmung um eine Selbstverständlichkeit.

Regierungsrat Martin Gehrler hält fest, dass sich die Regierung einer Streichung nicht widersetze.

Fässler-St.Gallen hält fest, dass in der Kommission Einigkeit bestehe, dass die Streichung der Bestimmung nichts an der Verpflichtung ändere.

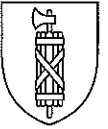
Die vorberatende Kommission stimmt dem **Antrag Dietsche-Oberriet** zur Streichung von Art. 9 einstimmig zu.

Artikel 10 (Aufsicht) / Ziff. II

Lorenz-Wittenbach vertritt den Standpunkt, dass die Aufsicht bereits in Art. 155 GG geregelt sei, weshalb die Bestimmung zu streichen sei.

Andrea Lübberstedt weist darauf hin, dass das Bundesrecht verlange, dass die Kantone die Aufsicht bestimmen. Das Gemeindegesetz entfalte die Wirkung nur im Rahmen des Gemeindegesetzes, soweit es nicht für anwendbar erklärt werde. Im Einführungsgesetz müsse somit eine Bestimmung enthalten sein. Insbesondere sei das Gemeindegesetz nicht für die selbständige öffentlich-rechtliche Kindes- und Erwachsenenschutzeinrichtung anwendbar.

Regierungsrat Martin Gehrler bestätigt, dass die im EG-KES enthaltene «lex specialis» nicht von Art. 155 GG erfasst sei.



Locher-St.Gallen stellt einen Antrag, dass eine allgemeine Bestimmung aufgenommen werde, dass das zuständige Departement die administrative Aufsicht ausübe.

Würth-Goldach stellt grundsätzlich in Frage, ob die Zweiteilung zwischen Departement und Kantonsgericht sinnvoll sei.

Locher-St.Gallen führt aus, dass die fachliche Aufsicht bei den Beschwerdeinstanzen richtig angesiedelt sei. Diese Zweiteilung der Aufsicht sei im St.Galler Justizsystem auch in anderen Bereichen verankert.

Regierungsrat Martin Gehrler teile die Auffassung von Locher-St.Gallen. Der Kerngehalt der Bestimmung sei, dass die administrative Aufsicht beim zuständigen Departement liege und nicht beim Gericht. Dagegen hätte sich auch das Kantonsgericht gestellt.

Fässler-St.Gallen findet, dass die Abgrenzung zwischen fachlicher und administrativer Aufsicht nicht klar sei. Insbesondere im Hinblick auf die professionelle Zusammensetzung sei unklar, ob dies Gegenstand der fachlichen oder administrativen Aufsicht sei.

Locher-St.Gallen hält fest, dass dies nicht eindeutig bestimmt werden könne. Wenn die Zusammensetzung der Vorinstanz zu inhaltlichen Fehlern führe, sei dies Sache der Gerichte. Wenn der ordnungsgemässe Bestand hingegen nicht erfüllt sei, müsse dies Sache der administrativen Aufsicht sein, dafür zu sorgen, dass die ordentliche Beschlussfähigkeit der Behörde gegeben sei.

Würth-St.Gallen bemerkt, dass das selbständige öffentlich-rechtliche Unternehmen im Gemeindegesetz enthalten sei und daher auch für die Aufsichtsbestimmung greifen würde.

Regierungsrat Martin Gehrler und **Andrea Lübbert** halten fest, dass diese Rechtsform nicht mit der selbständig öffentlich-rechtlichen Kindes- und Erwachsenenschutzeinrichtung verwechselt werden dürfe. Die öffentlich-rechtliche Unternehmung nach Gemeindegesetz sei insbesondere eigenwirtschaftlich zu führen.

Würth-Goldach beantragt, die Bestimmung wie folgt anzupassen:

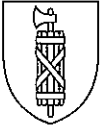
Das zuständige Departement übt die administrative Aufsicht im Sinn von Art. 155 des Gemeindegesetzes vom 21. April 2009 aus.

Die vorberatende Kommission stimmt dem ergänzten Antrag mit 13:2 Stimmen zu.

Artikel 11 (Verantwortlichkeit) / Ziff. II

Fässler-St.Gallen erkundigt sich, ob der Kanton auf die Behörde, die Trägerschaft oder die Gemeinden Rückgriff nehmen könne.

Locher-St.Gallen erläutert, dass Art. 2 des Erlasses besage, dass die politischen Gemeinden als Trägerschaft der KESB durch Vereinbarung eine der genannten Organisationen einsetzen. Die Trägerschaft sei durch die Bst. a bis c der Bestimmung definiert.



Andrea Lübberstedt hält fest, dass die Frage der Haftung unter den Gemeinden unbedingt auch in die Vereinbarungen Eingang finden müsse.

Frick-Sennwald möchte wissen, wer schliesslich für einen Schaden aufkommen müsse.

Andrea Lübberstedt legt dar, dass nach Bundesrecht zuerst der Kanton haftbar sein würde. Der Kanton könne jedoch Rückgriff auf die Trägerschaft nehmen. An letzter Stelle sei die verursachende Person haftbar, wenn sie ihre Sorgfaltspflicht verletzt habe. Diese Kaskade sei entsprechend in den Erläuterungen aufgezeigt.

Locher-St.Gallen präzisiert, dass der erste Rückgriff ohne Verschulden der verursachenden Behörde möglich sei. Ein Rückgriff auf Personen sei in zweiter Linie nur bei grob-fahrlässigem oder vorsätzlichem Handeln möglich.

Gartmann-Mels kommt im Anschluss an die Mittagspause auf den Antrag zu Art. 8 des Erlasses zurück.

Würth-Goldach hält noch einmal klärend fest, dass ein Mitglied der KESB nicht gleichzeitig im Verwaltungsrat oder der Delegiertenversammlung der Trägerschaft sein könne. Der Antrag sei entsprechend anzupassen. Art. 8 Bst. a sei mit folgendem Wortlaut anzupassen:

üben kein anderes Amt in der Trägerschaft der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde aus;

Würth-Goldach kommt auf den Streichungsantrag zu Art. 8 Bst. b zurück. Es sollte nicht explizit ausgeschlossen werden, dass ein Gemeinderat gleichzeitig Mitglied der KESB sein könne. Es könne durchaus Sinn machen, dass ein Gemeinderat bei der KESB mitwirke, wenn dieser die fachliche Qualifikation erfülle. Entsprechende Ressourcen sollten nutzbar sein.

Gadient-Walenstadt erachtet die Streichung von Bst. b als problematisch. Auch wenn die fachlichen Voraussetzungen erfüllt seien, könnte die Gemeinde auf das KESB-Mitglied Einfluss nehmen. Es könne für eine Person, die gleichzeitig beide Ämter bekleide, dann schwierig sein, wie sie im Einzelfall entscheiden sollte.

Frick-Sennwald ist der Ansicht, es gelte für diese Fälle die Ausstandsregelung. Wenn im Thema ein vormundschaftlicher Fall behandelt werde, müsse diese Person in den Ausstand treten.

Benedikt van Spyk erläutert den Hintergrund der Bestimmung. Die Trennung der Entscheidung von der Perspektive der Gemeinde sei im Sinne des Bundesgesetzgebers. Es müsse berücksichtigt werden, dass die Ausstandsregelung auch zu Ausstandsverfahren führe. Aus seiner Sicht wäre es zweckdienlich, die Personen nicht nur im Hinblick auf deren Fachlichkeit, sondern auch deren Unabhängigkeit zu wählen. Dadurch könne auch ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis zwischen den Gemeinden gewährleistet werden. Schliesslich würde die Unsicherheit vermieden werden, die aus der Ausstandsregelung nach dem Verwaltungsrechtspflegegesetz resultiere.



Die vorberatende Kommission stimmt dem ergänzten **Antrag Würth-Goldach** zu Art. 8 Bst. a mit 15:0 Stimmen zu.

Die vorberatende Kommission stimmt dem **Antrag Würth-Goldach** zur Streichung von Art. 8 Bst. b mit 11:4 Stimmen zu.

Artikel 12 (Anwendbares Recht a) Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde) / Ziff. III.1
Keine Wortmeldungen.

Artikel 13 (Anwendbares Recht b) gerichtliche Beschwerdeinstanzen) / Ziff. III.1
Keine Wortmeldungen.

Artikel 14 (Protokoll) / Ziff. III.1
Keine Wortmeldungen.

Artikel 15 (Ausschluss der Öffentlichkeit) / Ziff. III.1
Keine Wortmeldungen.

Artikel 16 (Fristenlauf) / Ziff. III.1
Keine Wortmeldungen.

Artikel 17 (Unabhängigkeit) / Ziff. III.2
Keine Wortmeldungen.

Artikel 18 (Erreichbarkeit) / Ziff. III.2

Forrer-Grabs schliesst sich dem Eintretensvotum von Wild-Neckertal an und vertritt im Namen der CVP die Meinung, dass mit der Vorgabe einer jederzeitigen Erreichbarkeit der KESB über das Ziel hinausgegangen werde. Die ärztliche Zuständigkeit und die Polizei könnten Notfälle abfangen. Dies sei somit auch ohne Pikettdienst möglich.

Fässler-St.Gallen schliesst sich im Namen der SP-Fraktion grundsätzlich dem Votum an, soweit es um die Erreichbarkeit in der Nacht gehe. Während der Feiertage sei das unter Umständen etwas schwieriger, wenn keine Entscheidungsträger erreichbar seien, da diese mehrere Tage bis eine Woche umfassen könnten. Es sei jedoch fraglich, wie man dies lösen könnte. Allenfalls sei eine kantonsweite Pikettregelung während der Festtage denkbar.

Locher-St.Gallen ist der Meinung, dass keine gesetzliche Regelung notwendig sei. Jederzeit sei in einem Verfahren ein Antrag auf eine sofortige Massnahme möglich. Die Behörde müsse sich entsprechend organisieren, wie ein Gericht, das jederzeit superprovisorische Massnahmen erlassen können müsse.

Dietsche-Oberriet schliesst sich den Voten Forrer-Grabs und Wild-Neckertal grundsätzlich an. Dennoch erachte er es als problematisch, wenn über mehrere Tage niemand erreichbar wäre. Das müsse allerdings die Organisation selbst festlegen und wäre dort zu debattieren.



Gadient-Walenstadt regt ebenfalls an, dass ein Pikettdienst überregional geregelt werden könnte. Ob dies im Gesetz notwendig sei, könne aber nicht beurteilt werden.

Kühne-Flawil ist der Meinung, dass dieses Erfordernis ebenfalls selbstverständlich sei und nicht im Gesetz geregelt werden müsse.

Müller-St.Gallen stellt aufgrund der verschiedenen Diskussionen fest, dass durch die Einsitznahme eines Gemeinderats in der KESB, der Pensenfragen und nun auch der Sicherstellung der Erreichbarkeit, dass auch kleine KES-Regionen ermöglicht werden sollten. Er fragt nach, ob es diese Bestimmung tatsächlich brauche.

Bühler-Schmerikon meint, aus den Ausführungen am Vormittag sei klar geworden, dass die Regionen definiert seien. Im Zusammenhang mit dieser Bestimmung seien die Kosten aber selbstverständlich ein Argument. Mit diesem Erfordernis würden die Kosten steigen. Deshalb unterstütze er den Streichungsantrag

Regierungsrat Martin Gehrer erläutert, dass aus Sicht der Regierung die KESB oder die zuständigen Einzelmitglieder wenn immer notwendig arbeiten können müssten. Ob dies im Gesetz festgehalten werde oder nicht, dürfe nichts an der Tatsache ändern, dass das System der Stellvertretung funktionieren müsse. Es müsse den Behörden klar sein, dass dies im Rahmen der Organisation geregelt werden müsse. Ebenfalls nicht gangbar sei eine kantonale Lösung. Wie die Gerichtsbehörden müssten auch die Trägerschaften der KESB sicherstellen, dass jederzeit die behördliche Anordnung einer vorsorglichen Massnahme möglich sei.

Fässler-St.Gallen stellt richtig, dass keine kantonale Instanz für den Pikettdienst vorgeschlagen werden sollte, sondern allenfalls die Ermöglichung einer überregionalen Stellvertretung.

Andrea Lübberstedt erläutert den Hintergrund der Bestimmung. Es gehe tatsächlich um die Ermöglichung vorsorglicher oder superprovisorischer Massnahmen. Dies bedinge aus Sicht der Regierung insbesondere auch den Zugang zu den notwendigen Informationen. Wenn die Kommission der Ansicht sei, dass dies möglich sei, allenfalls sogar über die Regionen hinaus, könne das Votum von Regierungsrat Gehrer unterstützt werden.

Dietsche-Oberriet fragt sich, wie weit die Bestimmung gehen sollte. Es sei ihm nicht klar, auf welche Informationen genau der Zugriff ermöglicht sein müsse.

Locher-St.Gallen erläutert, dass das System funktioniere. Dabei verhalte es sich gleich wie mit anderen vorsorglichen Massnahmen. Relevant seien hier insbesondere Festtagsfälle. Der Präsident oder ein anderes Mitglied müsse jederzeit erreichbar sein. Dies sei aus der eigenen Erfahrung als Mitglied der Anklagekammer möglich, wenn die Stellvertretung richtig geregelt sei.

Die vorberatende Kommission stimmt dem **Antrag Forrer-Grabs** zur Streichung von Art. 18 mit 12:1 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.



Artikel 19 (Besetzung) / Ziff. III.2

Kühne-Flawil stellt fest, dass mit der Anpassung von Art. 6 und 7 der letzte Satz des zweiten Absatzes überflüssig würde. Er beantragt, den Zusatz zu streichen und Art. 19 Abs. 2 wie folgt anzupassen:

Die oder der Vorsitzende der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde legt die interdisziplinäre Zusammensetzung nach Sachverstand der Mitglieder je Verfahren fest.

Die vorberatende Kommission stimmt dem **Antrag Kühne-Flawil** zu Art. 19 Abs. 2 einstimmig zu.

Artikel 20 (Einzelzuständigkeit a) Grundsatz) / Ziff. III.2
Keine Wortmeldungen.

Artikel 21 (Einzelzuständigkeit b) Kindesschutzverfahren) / Ziff. III.2

Bühler-Schmerikon bemerkt, dass für diese Bestimmung ein Zusatz für den Vollzug von gerichtlich angeordneten Kindesschutzmassnahmen erforderlich sei. Solche Anordnungen müssten von der KESB einfach zu vollziehen sein, so z.B. die Ernennung eines Beistandes nach Art. 308 Abs. 1 und Abs. 2 ZGB. Dies sei zu präzisieren. Unter die Vollstreckungsverfügungen fallen insbesondere auch erforderliche Vollzugshandlungen aus gerichtlich angeordneten Kindesschutzmassnahmen.

Regierungsrat Gehrler schlägt vor, dass die Sachverständigen einen Formulierungsvorschlag ausarbeiten. Die Kommission könne dennoch über den Antrag abstimmen, da die Zielsetzung unbestritten sei. Die konkrete Formulierung würde sodann zuhanden des Protokolls nachgeliefert.

Der Vorschlag von Regierungsrat Gehrler wird nicht bestritten und die vorberatende Kommission stimmt dem **Antrag Bühler-Schmerikon** mit Vorbehalt der Überprüfung durch das Departement des Innern einstimmig zu.

Nachtrag zu Handen des Protokolls: Der **Antrag Bühler-Schmerikon** wird durch die Ergänzung von Art. 21 durch einen neuen Bst. k wie folgt umgesetzt:
Vollstreckung (Art. 450g ZGB).

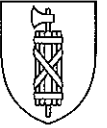
Wie bei den Einzelzuständigkeiten im Erwachsenenschutzverfahren (Art. 22 Bst. g des Erlasses) sind auch in Kindesschutzverfahren Vollstreckungsentscheide nach Art. 315a nZGB in Einzelkompetenz zu treffen.

Artikel 22 (Einzelzuständigkeit c) Erwachsenenschutzverfahren) / Ziff. III.2
Keine Wortmeldungen.

Artikel 23 (Einzelzuständigkeit d) Vorsorgliche Massnahmen) / Ziff. III.2
Keine Wortmeldungen.

Artikel 24 (Massgeblicher Sitz) / Ziff. III.2
Keine Wortmeldungen.

Artikel 25 (Rechtshängigkeit) / Ziff. III.2



Für **Lorenz-Wittenbach** ist fraglich, ob Verfahren so schnell rechtshängig werden müssten. Es resultierten daraus aufgeblähte Verfahren. Diese Bestimmung sei zu streichen oder mindestens auf Bst. b zu verzichten.

Andrea Lübbert hält es mit Blick auf die Rechtssicherheit für wichtig klarzustellen, wann ein Verfahren eröffnet sei. Es sei zu vermeiden, dass eine so genannte «Schattenbuchhaltung» gebe. Immerhin könne es um erhebliche Vorwürfe gehen und aus Sicht der betroffenen Bürgerin oder des Bürgers sei es wesentlich, ob entsprechende Vorwürfe im Raum stünden. Der Zeitpunkt, wann ein Verfahren eröffnet sei, müsse daher definiert werden. Die Behörde könne im Übrigen auch nicht eintreten. Das Verfahren werde somit nicht aufgebläht. In jedem Fall sei aber ein Behördenakt notwendig.

Lorenz-Wittenbach stellt fest, dass Nichteintreten auch ein Entscheid sei.

Andrea Lübbert führt ergänzend aus, dass eine formelle Anrufung der Behörde und eine Gefährdungsmeldung sehr unterschiedlichen Charakter hätten. Gerade Gefährdungsmeldungen dürften teilweise auch diffus sein. Es erscheine allerdings wichtig, dass auch eine Gefährdungsmeldung im Einzelfall ernst genommen werde. Gerade über gesammelte Daten müsse Klarheit bestehen.

Würth-Goldach stellt fest, dass die Gefährdungsmeldung nach Bst. d tatsächlich diffus sei. Es könne in der Praxis durchaus möglich sein, dass irgendwelche Meldungen eingingen, die mit zwei Telefonaten erledigt werden könnten. Rechtshängigkeit bedeute, dass ein Verfahren eröffnet sei und Abschreibungsbeschlüsse notwendig würden. Zudem sei nicht klar, wer darüber entscheide, was ist unbegründet sei. Aus Sicht der CVP sei mindestens Bst. d der Bestimmung nicht praxistauglich, weshalb die Bestimmung zu streichen sei.

Locher-St.Gallen hat durchaus Verständnis für die Bestimmung, da dadurch auch Verfahrensrechte, z.B. Anhörungsrechte oder Akteneinsichtsrechte, ausgelöst würden. Dies gebe immer wieder zu Diskussionen Anlass, ab welchem Zeitpunkt in einem Verfahren diese Rechte gelten würden. Die Bestimmung diene sowohl dem Schutz der verfügenden Behörde und als auch dem Schutz der Betroffenen. Das Problem sei im Übrigen auch aus dem Strafprozessrecht bekannt. Der Artikel erscheine somit sinnvoll.

Regierungsrat Martin Gehr teilt die Meinung von Locher-St.Gallen, auch wenn es sich die Bestimmung einen unbestimmten Rechtsbegriff enthalte. Wenn sich ein weiteres Verfahren bereits nach ersten Abklärungen erübrige, könne dies ein Hinweis auf die offensichtliche Unbegründetheit sein und ein Abschluss sei dann problemlos möglich. In den Materialien fände sich die entsprechende Erläuterung dazu.

Benedikt van Spyk stellt klar, dass sich die von Locher-St.Gallen aufgezeigte Problematik nicht durch eine Streichung lösen lasse. Aus verfahrensrechtlicher Sicht sei zentral, dass dies festgehalten werde und die Auslegung werde ergeben, was offensichtlich unbegründet heisse. Wenn nichts dazu gesagt würde, wäre die Rechtslage noch unklarer.

Würth-Goldach hält die Ausführungen teilweise für widersprüchlich. Er stellt fest, dass eben keine Rechtshängigkeit ausgelöst werde, wenn ein Behördemitglied zum Schluss



komme, dass eine Meldung offensichtlich unbegründet sei. In diesen Fällen würde gerade kein Abschreibungsbeschluss resultieren.

Benedikt van Spyk stimmt dem zu, weist aber darauf hin, dass diesfalls eine Rechtsverweigerungsbeschwerde möglich wäre.

Die vorberatende Kommission lehnt den **Antrag Lorenz-Wittenbach** zur Streichung von Art. 25 Bst. d mit 11:4 Stimmen ab.

Artikel 26 (Verfahrensleitung) / Ziff. III.2

Kühne-Flawil führt aus, dass in der Bestimmung die nähere Umschreibung fehle, was unter Verfahrensleitung zu verstehen sei. Diese müsse die Anordnung von Beweismassnahmen und die Einholung von Gutachten umfassen. Es sei sicherzustellen, dass nicht das Dreiergremium diese Verfügungen treffen müsse.

Aus Sicht von **Regierungsrat Martin Gehrer** spreche nichts gegen diese Ergänzung.

Kühne-Flawil stellt zur Ergänzung von Art. 26 folgenden Antrag:

Die Verfahrensleitung, wozu auch die Anordnung von Beweismassnahmen und die Einholung von Gutachten zählt, obliegt der oder dem Vorsitzenden oder einem für das Verfahren zuständigen Mitglied der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde.

Die vorberatende Kommission stimmt dem **Antrag Kühne-Flawil** einstimmig zu.

Artikel 27 (Zeugeneinvernahmen und Anhörungen) / Ziff. III.2

Keine Wortmeldungen.

Artikel 28 (Kosten) / Ziff. III.2

Keine Wortmeldungen.

Artikel 29 (Mitteilung an andere Behörden und Stellen) / Ziff. III.2

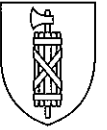
Keine Wortmeldungen.

Art. 30 (Zuständigkeit a) Verwaltungsrekurskommission) / Ziff. III.3

Keine Wortmeldungen.

Art. 31 (Zuständigkeit b) Kantonsgericht) / Ziff. III.3

Locher-St.Gallen ist grundsätzlich der Meinung, dass dies systemfremd sei, wenn das Kantonsgericht über Entscheide der Verwaltungsrekurskommission VRK befinde. Es sei ihm bewusst, dass seit dem 1. Januar 2011 das Kantonsgericht für bestimmte Entscheide Rechtsmittelinstanz sei. Er meinte aber, es müsste das Verwaltungsgericht sein, das die Entscheide der VRK beurteile. Diese Gabelung sei nicht nachvollziehbar. Zudem sei anfangs Jahr über die Motion zur Neuorganisation der Verwaltungsjustiz beraten worden. Es sei nicht sinnvoll, diesen Instanzenzug im Zuge dieser Gesetzgebung vorzusehen. Entsprechend werde beantragt, in Art. 31 den Begriff Kantonsgericht durch Verwaltungsgericht zu ersetzen.



Fässler-St.Gallen überzeugen die Ausführungen von Locher-St.Gallen nicht, da das Kantonsgericht im Bereich Familienrecht mehr verstehe. Formal sei der Antrag richtig, aber materiell sei dies nicht der Fall. Das Kantonsgericht sei näher an den Themen. Der zweistufige Instanzenzug sei grundsätzlich etwas störend. Aber die Vorgaben des Bundes würden bestimmen, dass letztinstanzlich ein oberes Gericht entscheide.

Kühne-Flawil beschreibt die vorliegend besondere Situation, dass materiell Zivilrecht angewendet würde. Es sei heute bereits so, dass die VRK als verwaltungsrechtliches Gremium Zivilrecht anwende. Es seien grundsätzlich beide Wege denkbar. Im Interesse des Wohls der Betroffenen erscheine es richtig, in diesen zivilrechtlichen Angelegenheiten als oberes Gericht das Kantonsgericht entscheiden zu lassen, da dieses in diesem Bereich zweifellos über ein breites Know-How verfüge.

Locher-St.Gallen sieht das Problem, zeigt aber noch andere Probleme auf, die mit dem vorgesehenen Instanzenzug entstehen dürften. Art. 13 des Erlasses habe zur Folge, dass es eine Änderung des anwendbaren Verfahrensrechts vor der zweiten Beschwerdeinstanz gebe. Innerhalb der vom Kantonsgericht anwendbaren ZPO sei nicht klar, ob die Bestimmungen über die Berufung anwendbar seien. Für den Rechtsunterworfenen sei diese Situation kaum zumutbar.

Regierungsrat Martin Gehrler erläutert, dass der vorgesehene Instanzenzug mit den beiden betroffenen Gerichten und der Staatskanzlei geprüft wurde. Es sei bewusst der familienrechtliche Ansatz gewählt worden. Für den Entscheid ausschlaggebend sei das beim Kantonsgericht vorhandene Know-How gewesen. Dem Umstand, dass im Verfahren eine Spaltung resultiere, sei bekannt gewesen.

Benedikt van Spyk bestätigt, dass die aufgeworfenen Fragen im Austausch mit dem Verwaltungsgericht, der VRK und dem Kantonsgericht ebenfalls gestellt wurden. Die Gerichte seien selbst zur Auffassung gelangt, dass die vorgeschlagene Lösung aus fachlicher Sicht zu bevorzugen sei, auch wenn daraus gewisse Probleme resultierten. Im Übrigen würde es von den durch das Kreisgericht angeordneten Kinderschutzmassnahmen in familienrechtlichen Verfahren dennoch zu einer Beurteilung durch das Kantonsgericht kommen.

Die vorberatende Kommission lehnt den Antrag **Locher-St.Gallen** zu Art. 31 mit 12:3 Stimmen ab.

Artikel 32 (Verzicht auf Anhörung) / Ziff. III.3
Keine Wortmeldungen.

Artikel 33 (Verzicht auf Anhörung) / Ziff. III.3
Keine Wortmeldungen.

Artikel 34 (Information des zuständigen Departementes) / Ziff. III.3

Kühne-Flawil stellt fest, dass Einigkeit darüber bestehe, dass das Departement die administrative und nicht die fachliche Aufsicht ausübe. Es daher nicht nachvollziehbar, dass die Urteile der Beschwerdeinstanzen der Aufsichtsbehörde mitgeteilt würden. Der Entscheid der KESB könne im Einzelfall durch ein Urteil der Beschwerdeinstanz korrigiert



werden. Zusätzlich seien dabei keine aufsichtsrechtlichen Weisungen erforderlich. Entsprechend werde beantragt, die Bestimmung zu streichen.

Regierungsrat Martin Gehrler weist darauf hin, dass es sich bei dieser Bestimmung auch um einen Wunsch der Gerichte handle. Es sei vorgängig die Frage gestellt worden, ob vom Kanton gegenüber den Gemeinden Misstrauen zum Ausdruck gebracht werde. Dieser Streichungsantrag lasse hingegen Misstrauen gegenüber der kantonalen Aufsicht erkennen.

Benedikt van Spyk ergänzt, dass es die Gerichte als störend empfänden, dass der Informationsfluss zwischen Rechtsmittelinstanz und Aufsichtsbehörde nicht hergestellt werden könne.

Kühne-Flawil befürchtet, dass für das Departement, das die administrative Aufsicht wahrnehme, ein Problem entstehen dürfte, wenn es über Entscheide informiert wird, die von der Rechtsmittelinstanz aufgehoben würden.

Andrea Lübbert legt dar, dass es bei der Bestimmung nicht darum gehe, Einzelfälle zum Anlass für Weisungen zu nehmen. Wenn sich allerdings Fälle häufen würden, die die Frage mangelnder interdisziplinärer Zusammensetzung der Spruchbehörde aufwerfe, könne dies durchaus eine Aufsichtstätigkeit zur Folge haben. Eine Verdichtung entsprechender Einzelfälle könnte durchaus organisationsrechtliche Mängel aufzeigen. Das Problem bleibe dann allerdings, dass der Eingriff bereits erfolgt sei.

Kühne-Flawil weist darauf hin, dass die Korrektur des Entscheides in diesen Fällen bereits durch die Rechtsmittelinstanz erfolge. Er gehe zudem davon aus, dass sich entsprechende Fälle nicht verdichten würden.

Die vorberatende Kommission stimmt dem Antrag **Kühne-Flawil** zur Streichung von Art. 34 mit 11:3 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

Artikel 35 (Beiständin oder Beistand a) Ernennung) / Ziff. IV.

Forrer-Grabs weist mit Blick auf den zweiten Absatz darauf hin, dass klar sein müsse, dass die Mitglieder der KESB nicht gleichzeitig Beistandschaften führen dürften. In Bezug auf weitere Mitarbeitende, wie z.B. Sekretariatsmitarbeitende oder den Revisor, sollte diese Möglichkeit für einfache Fälle aus praktischen Gründen nicht ausgeschlossen werden.

Gadient-Walenstadt gibt zu Bedenken, dass dies Situationen zur Folge hätte, in denen die KESB ihre Mitarbeitenden, die allenfalls sogar Abklärungen gemacht haben, direkt mit dem Vollzug betrauten. Dies führe zwangsläufig zu Vermischungen von Aufgaben und Zuständigkeiten. Für einfache Fälle könnten sämtliche Privatpersonen, die geeignet erscheinen ernennen.

Würth-Goldach bestätigt, dass es zu Vermischungen kommen könne, er sich aber für den pragmatischen Ansatz ausspreche. Für einfache Fälle, wie z.B. im Falle einer Altersbeistandschaft, müssten kurze Dienstwege möglich sein. Er halte die Vorgabe für eine unnötige Einschränkung.



Forrer-Grabs beantragt, den Zusatz «sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter» des Art. 35 Abs. 2 zu streichen.

Wild-Neckertal vermutet, dass es in der Praxis so sein werde, dass der Beistand bzw. der Amtsvormund beispielsweise die Rechnungsführung seiner Sekretärin übergeben werde.

Gadient-Walenstadt stellt sich die Frage, wo das ausführende Sekretariat effektiv angegliedert sei. Wenn die KESB und die Amtsvormundschaft unter einem Dach wären, komme es darauf an, auf welcher Seite der Tür die Arbeiten ausgeführt würden.

Würth-Goldach stellt klar, die Berufsbeiständinnen und Berufsbeistände seien nicht allein aufgrund der Tatsache, dass sie in die Gesamtorganisation eingebunden wären, als Mitarbeitende der KESB zu betrachten.

Benedikt van Spyk verweist auf die eindeutige Formulierung der Bestimmung. Es sei von Mitarbeitenden der KESB und nicht von Mitarbeitenden der Trägerschaft die Rede. Er halte das Anliegen von Gadient-Walenstadt für zentral. Wenn der Zusatz gestrichen werde, würden auch komplexere Fälle vom Sekretariat der KESB vollzogen werden. Diese Vermischung sei zu vermeiden.

Die vorberatende Kommission lehnt den **Antrag Forrer-Grabs** zur Art. 35 Abs. 2 mit 6:4 Stimmen bei 5 Enthaltungen ab.

Die vorberatende Kommission stimmt der Auffassung von **Würth-Goldach** zu, dass die Amtsvormundschaft gleichzeitig unter fachlicher Aufsicht und administrativer Leitung der KESB in der Gesamtorganisation stehen könne.

Bühler-Schmerikon erkundigt sich, wie Art. 35 Abs. 3 zu verstehen und welches dabei die Aufgabe der Gemeinde sei.

Andrea Lübberstedt führt aus, dass es bereits nach geltendem Recht so sei, dass die Gemeinde für die Bereitstellung der Amtsvormunde zu sorgen habe. Zukünftig gebe es aber eine Akzentuierung, da die KESB für die Ernennung zuständig würden. Damit die KESB im Einzelfall entscheiden könne, müssten geeignete Personen verfügbar sein.

Lorenz-Wittenbach beantragt, dass der Absatz gestrichen werden solle. Es sei nicht einsehbar, dass die Gemeinden hier noch eine Aufgabe hätten. Soeben sei ausgeführt worden, dass unter der KESB auch die Amtsvormundschaften organisiert würden.

Andrea Lübberstedt weist darauf hin, dass die Regelung offen lasse, ob die Aufgabe von den Gemeinden regional oder kommunal gelöst werde. Nicht in allen Regionen würde die Lösung der Region Rorschach gewählt. Entscheidend erscheine, dass sich die KESB auf die Ernennung der Beiständin oder des Beistandes im Einzelfall konzentrieren könne.

Benedikt van Spyk erscheint es wichtig, den Gemeinden den Spielraum zur Aufgabenerfüllung zu belassen, aber deren Pflicht festgelegt werden muss. Im bestehenden EG-ZGB



sei diese Pflicht auch statuiert, es handle sich somit im Grunde nur um eine Übernahme der bestehenden Bestimmung im neuen Gesetz.

Lorenz-Wittenbach zieht den Antrag zu Art. 35 Abs. 3 zurück.

Artikel 36 (Entschädigung und Spesenersatz) / Ziff. IV.

Forrer-Grabs meint, dass die Regelung der Entschädigung nicht Gegenstand des kantonalen Gesetzes sein sollte, da dies auf Gemeindeebene festzulegen sei. Zudem seien entsprechende Richtlinien und Empfehlungen vorhanden.

Benedikt van Spyk weist auf Art. 404 Abs. 3 ZGB hin, wonach die Kantone Ausführungsbestimmungen zu erlassen hätten. Es bestehe insoweit kein Handlungsspielraum.

Gadient-Walenstadt ergänzt, dass es um die Entschädigung gehe und nicht um die Entlohnung der Berufsbeiständinnen und Berufsbeistände.

Locher-St.Gallen bestätigt, dass es sich dabei nicht um Lohnvorschriften handle. Der Kanton müsse eine Aussage zur Entschädigung machen, könne die Festlegung im Sinne der Subsidiarität aber an die KESB delegieren.

Dietsche-Oberriet hält es für richtig, dass nicht acht bis neun unterschiedliche Tarife bestünden. Verschiedene Ansätze seien für die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger unangenehm und es seien somit einheitliche Grundsätze festzulegen.

Fässler-St.Gallen teile die Auffassung, dass kantonsweit gleiche Regeln gelten müssten. Die einzelnen Kreisgerichte würden auch keinen eigenen Regelungen haben. Dies mache auch in diesem Bereich Sinn.

Benedikt van Spyk hält fest, dass es sich hierbei um eine Gebühr handle, die erhoben werde. Aus seiner Sicht sei eine gesetzliche Grundlage erforderlich, wenn die KESB im Einzelfall Entschädigungen festlegen müsse.

Locher-St.Gallen schlägt eine Ergänzung der Bestimmung mit folgendem Wortlaut vor:

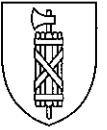
Die Regierung regelt durch Verordnung die Grundsätze der Entschädigung und des Spesenersatzes der Beiständin oder des Beistandes.

Die vorberatende Kommission stimmt dem **Antrag Locher-St.Gallen** einstimmig zu.

Artikel 37 (Fachliche Aufsicht) / Ziff. IV.

Auf Nachfrage von **Kühne-Flawil** bestätigt **Regierungsrat Martin Gehrler**, dass die Formulierung neben der gesetzlich vorgeschriebenen fachlichen Aufsicht auch die administrative Aufsicht zulasse.

Auf die ergänzende Frage von **Kühne-Flawil** bestätigt **Andrea Lübbert**, dass das Aufsichtsverständnis des Kantons umfassend sei und auch Beratung und Unterstützung nach Art. 400 Abs. 3 ZGB erfasse. Redundanzen im kantonalen Gesetz sollten vermieden werden. Zudem werde selbstverständlich das Bundesrecht für die Auslegung beigezogen.



Locher-St.Gallen könnte sich zur Klärung dieser Fragen eine Ergänzung der Bestimmung vorstellen, wonach die KESB beaufsichtige und begleite.

Gadient-Walenstadt vertritt den Standpunkt, dies der praktischen Umsetzung offen zu lassen. Die organisatorische und administrative Leitung der Beiständigen und Beistände sei nicht zwingend und Beistände sollten noch gewisse Unabhängigkeit bewahren können.

Andrea Lübberstedt erläutert ergänzend, dass Art. 35 Abs. 1 die Ernennung des Beistandes enthalte und somit die erforderliche Instruktion miterfasst sei. Zudem enthalte Art. 400 Abs. 3 die weiteren Erfordernisse.

Locher-St.Gallen zieht den Antrag zurück, da er davon ausgehe, dass die bundesrechtliche Bestimmung ausreiche.

Artikel 38 (Ärztliche Zuständigkeit a) Zuständigkeit) / Ziff. V.

Dietsche-Oberriet hält in diesem Zusammenhang fest, dass er in seiner Tätigkeit immer wieder feststelle, dass die Amtsärztinnen und Amtsärzte nicht immer angemessen erreichbar seien. Der Begriff «Gefahr im Verzug» sei in der Praxis, nicht immer ganz klar und somit nicht eindeutig, ob auch andere Ärzte zuständig wären.

Benedikt van Spyk erläutert, dass Gefahr im Verzug bedeute, dass die Situation dringlich sei und es unzumutbar erscheine, an den Amtsarzt zu gelangen. Dies sei insbesondere der Fall, wenn der Amtsarzt nicht erreichbar sei. Der Begriff sei nicht allein polizeirechtlich zu verstehen.

Andrea Lübberstedt kann die Problematik gut nachvollziehen. Im Zuge der Gesetzesvorbereitungen sei die Situation zusammen mit dem zuständigen Gesundheitsdepartement geprüft worden. Es liege im Interesse aller Beteiligten, eine lückenlose Erreichbarkeit der Amtsärzte sicherzustellen. Zudem entspreche die Bestimmung der bisherigen Regelung und sei auf breite Zustimmung gestossen.

Artikel 39 (b) Weiterführung) / Ziff. V

Fässler-St.Gallen fragt nach, ob es nicht eine bessere und bestimmtere Formulierung als «rechtzeitig» gebe.

Benedikt van Spyk erläutert, dass die Rechtzeitigkeit aufgrund der unterschiedlichen Dauer der ärztlich angeordneten Unterbringungen variieren könne.

Artikel 40 (Verlegung in eine andere Einrichtung) / Ziff. V
Keine Wortmeldungen.

Artikel 41 (Nachbetreuung)

Lorenz-Wittenbach fragt nach, ob es richtig sei, dass es eine gesetzliche Bestimmung brauche, damit zwei Personen etwas miteinander regeln können und gleichzeitig keine Informationspflicht bestehe.



Andrea Lübbert legt dar, dass Fälle möglich seien, in denen KESB über FU, nämlich bei ärztlichen Unterbringungen, gar nicht in Kenntnis gesetzt würde. Überdies bestehe diesbezüglich eine Regelungspflicht des Kantons. Die Vernehmlassung habe schliesslich gezeigt, dass die Nachbetreuung den Charakter der Freiwilligkeit haben müsse.

Dietsche-Oberriet erkundigt sich, wer für die Kosten einer solchen Nachbetreuung aufkomme.

Andrea Lübbert erläutert, dass dies die Personen selbst sein könnten, oder auch die Krankenversicherung in der Pflicht stehen könne, falls die Massnahme medizinisch indiziert sei.

Artikel 42 (Ambulante Massnahmen a) Festlegung) / Ziff. V.
Keine Wortmeldungen.

Artikel 43 (b) Arten) / Ziff. V.
Keine Wortmeldungen.

Artikel 44 (Vertrauensperson) / Ziff. V.
Keine Wortmeldungen.

Änderungen bisherigen Rechts
Artikel 45 (Bürgerrechtsgesetz) / Ziff. VI.
Keine Wortmeldungen.

Artikel 46 (Gesetz über die Urnenabstimmungen) / Ziff. VI.
Keine Wortmeldungen.

Artikel 47 (Gemeindengesetz) / Ziff. VI.
Keine Wortmeldungen.

Artikel 48 (Verantwortlichkeitsgesetz) / Ziff. VI.
Keine Wortmeldungen.

Artikel 49 (Disziplinargesetz) / Ziff. VI.
Keine Wortmeldungen.

Artikel 50 (Volksschulgesetz) / Ziff. VI.
Keine Wortmeldungen.

Artikel 51 (Mittelschulgesetz) / Ziff. VI.
Keine Wortmeldungen.

Artikel 52 (Gesundheitsgesetz) / Ziff. VI.
Keine Wortmeldungen.

Artikel 53 (Suchtgesetz) / Ziff. VI.
Keine Wortmeldungen.



Artikel 54 (Sozialhilfegesetz) / Ziff. VI.
Keine Wortmeldungen.

Artikel 55 (Polizeigesetz) / Ziff. VI.
Keine Wortmeldungen.

Artikel 56 (Steuergesetz) / Ziff. VI.
Keine Wortmeldungen.

Artikel 57 (Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch) / Ziff. VI.
Zu Art. 8bis (neu) Bst. b) fragt **Wild-Neckertal** nach, ob die politische Gemeinde anschliessend die Aufsicht über Tagespflegeverhältnisse wahrnehme.

Andrea Lübbert führt aus, dass mit dieser Bestimmung geregelt werde, dass diese Aufgabe nicht zwingend wie die KESB Teil der Regionalisierung sei. Es sei der Gemeinde weiterhin möglich, diese Aufgabe im Verbund zu erfüllen. Es gelte aber zu beachten, dass auch die Tagespflege von der KESB als Kinderschutzmassnahme angeordnet werden könne. Indessen sei es weiterhin die Gemeinde, die für die generelle Beaufsichtigung der Tagesfamilien zuständig sei.

Im Zusammenhang mit Art. 58bis fragt **Fässler-St.Gallen** nach, ob es die Kinderschutzgruppen mit der Reorganisation nach wie vor gebe oder ob diese abgeschafft würden.

Andrea Lübbert führt dazu aus, dass die regionalen Kinderschutzgruppen bekanntlich nicht gesetzlich verankert seien. Der Kanton habe zusammen mit der VSGP ein Konzept erarbeitet und die Gruppen basierten auf einer gemeinsamen Einigung. Gestützt auf Art. 58bis EG-ZGB komme dem Kanton aber selbstverständlich eine koordinative Pflicht zu. Anders als die heute diskutierte KESB, die sich mit dem zivilrechtlichen Kinderschutz befasse, gehe die Tätigkeit der regionalen Kinderschutzgruppe über diesen Bereich des ZGB hinaus. Zudem wären die Kinderschutzgruppen insbesondere auch Anlaufstellen für Fachleute, die Beratung suchten. Insofern würden die Kinderschutzgruppen mit der bevorstehenden Revision nicht überflüssig werden.

Wild-Neckertal betont, dass die regionalen Kinderschutzgruppen gar verhindern könnten, dass überhaupt erst Gefährdungsmeldungen an die KESB gelangen würden. Es seien vielmehr niederschwellige Anlaufstellen, die von Fachleuten wie z.B. Schulen angefragt würden, falls eine Gefährdung vermutet werde. Wenn festgestellt werde, dass gar keine Gefährdung vorliege, würden die Meldungen gar nicht erst an die KESB gelangen. Insofern handle es sich dabei um eine sehr wichtige Institution um unnötige Kosten zu vermeiden.

Artikel 58 (Gesetz über Inkassohilfe und Vorschüsse für Unterhaltsbeiträge) / Ziff. VI.
Keine Wortmeldungen.

Artikel 59 (Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege) / Ziff. VI.
Locher-St.Gallen erläutert anhand der Bestimmung in Art. 30 Abs. 2, dass vorgesehen sei, dass für die Verfahren keine Gerichtsferien gelten würden. Dies zeige, dass diese



Verfahren beförderlich behandelt werden müssten und eine entsprechende Organisation notwendig sei. Dies habe auch für die Vorinstanz zu gelten.

Artikel 60 (Vollzugsbeginn) / Ziff. VI.
Keine Wortmeldungen.

Die vorberatende Kommission beschliesst in der Gesamtabstimmung mit 14:0 Stimmen bei 1 Enthaltung, dem Kantonsrat Eintreten auf die Vorlage zu beantragen.

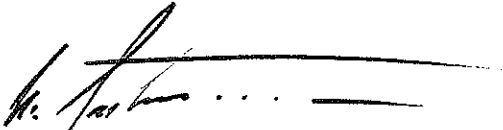
5 Berichterstattung und Medienmitteilung

Die vorberatende Kommission beauftragt den Präsidenten **Gartmann-Mels** dem Kantonsrat mündlich Bericht zu erstatten sowie die Medien über das Ergebnis der Beratungen in Zusammenarbeit mit dem Departement des Innern zu informieren.

Gartmann-Mels dankt den Kommissionsmitgliedern, den Mitgliedern der Staatsverwaltung und insbesondere Regierungsrat Martin Gehrler für die Vertretung der Vorlage.

St.Gallen, 17. November 2011

Der Präsident der vorberatenden
Kommission:



Walter Gartmann

Der Protokollführerin:



Daniela Sieber

Beilagen

- Folien Referat Andrea Lübberstedt, Leiter-Stellvertreterin Amt für Soziales
- Folien Referat Patrik Müller, Leiter Sozialamt und Vormundschaftsamt der Stadt St.Gallen
- Folien Referat Roger Hochreutener, Geschäftsführer Vereinigung St.Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten VSGP und Stadtpräsident Lichtensteig

Geht an

- Mitglieder der vorberatenden Kommission (KRVersandadresse)
- Departement des Innern
- Staatskanzlei (2)
- Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten (5)



Kopie an
Staatskanzlei (RATSD / en/si)

